

# Nordrhein-Westfalen Landtag intern 1



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 21. Jahrgang, 10. Wahlperiode, 16. 1. 1990

## WORT UND WIDERWORT

### Kann Transrapid zur Entlastung des Luftverkehrs beitragen?

Unbestritten sei eine direkte und schnelle Bahnverbindung zwischen den beiden Großflughäfen in NRW erforderlich. Es sei aber völlig ungeklärt, ob die Magnetschwebbahn Transrapid eine Chance habe, vor dem Jahr 2000 zum Einsatz zu kommen. Zwar solle bis Mitte 1990 die Einsatzreife des Systems beurteilt werden, für die erforderlichen Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren stünden aber nach wie vor zureichende Daten über die Umwelt- und Stadtverträglichkeit aus. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Karl Böse**. Der CDU-Parlamentarier **Heinz Hardt** meint dazu, Transrapid stelle als deutsche Ingenieurleistung eine erste grundlegende technische Neuerung im Bereich der spurgeführten Bahnsysteme seit Einführung der Eisenbahn vor über 150 Jahren dar. Die CDU-Landtagsfraktion begrüße die Entscheidung der Bundesregierung, die Magnetschwebbahn Transrapid als erste Anwendungstrecke zwischen den Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn zu bauen. Damit beginne die Zukunft in Nordrhein-Westfalen. Die F.D.P.-Abgeordnete **Marianne Thomann-Stahl** betont, jetzt gehe es darum, möglichst schnell die Planungen voranzutreiben und umzusetzen. Die für die Strecke notwendigen Vorbereitungen für das Raumordnungsverfahren müßten von der Landesregierung unverzüglich wieder aufgenommen werden. Dabei sei selbstverständlich, daß die Rechte der Bürger respektiert und berechtigten Bedenken Rechnung getragen werde. (Seite 2)

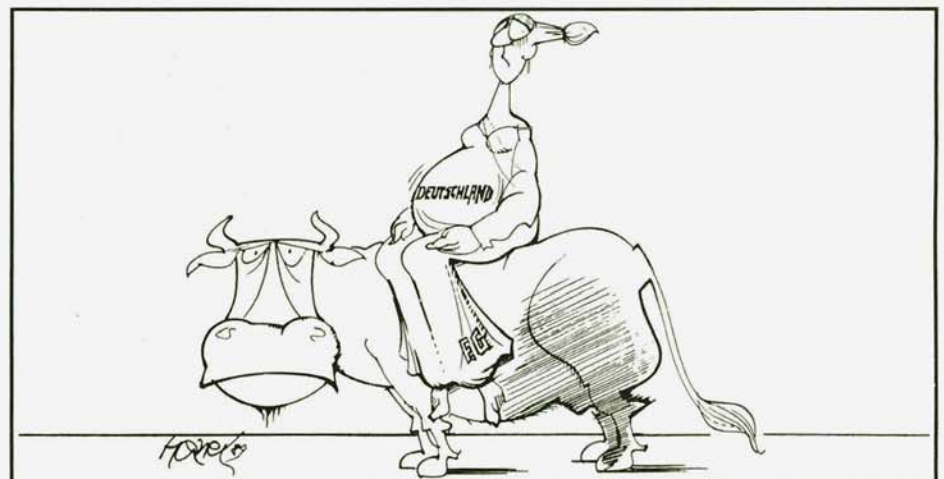
### KKW Würgassen bleibt vorläufig abgeschaltet

## Vorrang für Sicherheit der Menschen

Der Betrieb des Kernkraftwerks Würgassen an der Weser bleibt eingestellt, bis ein möglicher Totalverlust der im Druckabbausystem befindlichen Einrichtungen und bei einem Brandfall im Maschinenhaus eine Übertragung des Brandes ins Reaktorgebäude nicht mehr zu besorgen sind.

Das hat Wirtschaftsminister Professor Dr. Reimut Jochimsen (SPD) auf der letzten Sitzung dem Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung unter Vorsitz von Lothar Hegemann (CDU) mitgeteilt. Der Minister führte weiter aus, das Oberverwaltungsgericht Münster habe Anfang des Jahres einen Antrag des Betreibers auf vorläufigen Rechtsschutz abgelehnt, mit dem die Betreiberfirma PreußenElektra gegen die vom Wirtschaftsministerium des Landes verfügte Anordnung vorgegangen sei, den Betrieb des Kernkraftwerks einstweilig einzustellen, da eine Wiederinbetriebnahme wegen des unzureichenden Brandschutzes ein erhebliches Gefahrenpotential für Leben und Gesundheit der Bürger in sich berge. Für die SPD begrüßte Gerhard Wendzinski die Entscheidung des Ministers: Die Sicherheit der Menschen habe Vorrang vor

betriebswirtschaftlichen Erwägungen. Vorsitzender Hegemann hielt der Landesregierung vor, sie habe den Ausschuß erst im November über Probleme unterrichtet, die seit Februar 1989 bekannt seien. Der Minister wies dies zurück.



In anderen Umständen

## Die Woche im Landtag

### Elternrechte

Der Ausschuß für Schule und Weiterbildung hat eine Anhörung zur Stärkung der Elternrechte durchgeführt. (Seite 3)

### Wirtschaftsförderung

Das Grundstück in Oberhausen, für das sich die Triple Five Corporation interessiert hatte, soll für die Wirtschaftsförderung gesichert werden. (Seite 4)

### Computergrundbildung

Noch in diesem Schuljahr können die vorläufigen Richtlinien zur informations- und kommunikationstechnologischen Grundbildung in der Sekundarstufe I in Kraft treten. (Seite 5)

### Entwicklungsländer

Über die Erfordernisse einer angepaßten Technologie für Entwicklungsländer hat sich der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung kundig gemacht. (Seite 9)

### Arbeitszeitmodelle

Flexiblere Arbeitszeitmodelle wurden bei einem Hearing des Frauenausschusses als sinnvoll erachtet. (Seite 10)

### Polizeiarbeit

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuß III hat sich mit der Frage befaßt, ob die Polizeiarbeit während der Gladbecker Geiselnahme durch Journalisten behindert worden sei. (Seite 11)

Zeichnung: Hanel (Kölnischer Stadtanzeiger)

## WORT UND WIDERWORT

# Nach dem Jahr 2000 Chance als Alternative zum Flugverkehr

Von  
Karl Böse

Mit der Entwicklung der Magnetschnellbahn Transrapid wird seit geraumer Zeit das Ziel verfolgt, ein völlig neues Verkehrssystem anzubieten. Auf der Grundlage einer berührungsfreien Trag-, Führ- und Antriebstechnik soll Transrapid in Dauerbetrieb Geschwindigkeiten von 400 bis 500 km/h erreichen können. Wenn für dieses System die Betriebsreife nachgewiesen werden kann, hat Transrapid die Chance, nach dem Jahr 2000 eine echte Alternative zum Flugverkehr auf kurzen Strecken zu werden. Dafür sprechen nicht zuletzt Überlegungen in den USA, beispielsweise Los Angeles und Las Vegas mit einer Magnetschnellbahn zu verbinden. Aber auch in Japan wird auf die Magnetschwebetechnik für den Verkehr der Zukunft gesetzt. Die Bundesregierung hat nach langem Zögern entschieden, so schnell wie möglich eine Anwendungsstrecke für Transrapid in Nordrhein-Westfalen zu bauen, die die Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn verbinden soll. Bonn will damit sicherstellen, daß der weltweite Vorsprung der deutschen Magnetschwebetechnik aufrechterhalten werden kann. Ungeklärt sind aber nach wie vor insbesondere die Frage der Finanzierung und die Umwelt- und Stadtverträglichkeit des neuen Verkehrssystems.

### SPD: Umweltverträglichkeit und Finanzierung sicherstellen

Es ist unbestritten, daß eine direkte und schnelle Bahnverbindung zwischen den beiden Großflughäfen in Nordrhein-Westfalen erforderlich ist. Damit soll sichergestellt werden, daß die für die 90er Jahre beabsichtigte unternehmensrechtliche Zusammenarbeit der Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn auch im betrieblichen Alltag umgesetzt werden und eine überzeugende operative Einheit für die künftige Luftverkehrsbasis Nordrhein-Westfalen entstehen kann.

Vor diesem Hintergrund ist völlig ungeklärt, ob die Magnetschwebetechnik Transrapid eine Chance hat, vor dem Jahr 2000 zum Einsatz zu kommen. Zwar soll bis Mitte 1990 die Einsatzreife des Systems beurteilt werden, für die erforderlichen Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren stehen aber nach wie vor zureichende Daten über die Umwelt- und Stadtverträglichkeit aus. Für die Verhandlungen, die jetzt mit dem Bund geführt werden müssen, wird schließlich entscheidend sein, ob Bonn bereit ist, die Finanzierung für den Bau der Anwendungsstrecke sicherzustellen. Für uns steht fest, daß das Land Nordrhein-Westfalen nicht bereit und auch nicht in der Lage ist, Finanzierungslasten für ein Bundesprojekt zu übernehmen, für das mindestens 3,5 Milliarden Mark aufzubringen sein werden.

Von  
Heinz Hardt

Gäbe es schon heute eine flughafenverbindende Transrapid-Gesamtlinie zwischen den Flughäfen Hamburg – Hannover – Düsseldorf – Köln/Bonn – Frankfurt – Stuttgart – München, würde diese Magnetschnellbahn den innerdeutschen Luftverkehr wirksam entlasten.

Mittelfristig ist es aus umweltpolitischen Gründen und wegen der Überlastung des Luftraumes nicht vertretbar, daß der innerdeutsche Luftverkehr unter 600 km noch gesteigert wird. Im Gegenteil, er müßte und könnte zugunsten des europäischen bzw. interkontinentalen Luftverkehrs eingeschränkt werden, wenn ein alternatives, attraktives und schnelles Verkehrsmittel sozusagen zwischen dem Flugzeug und der heutigen Rad-Schiene-Technik vorhanden wäre.

Transrapid stellt als deutsche Ingenieurleistung eine erste grundlegende technische Neuerung im Bereich der spurgeführten Bahnsysteme seit Einführung der Eisenbahn vor über 150 Jahren dar.

Die CDU-Landtagsfraktion begrüßt die Entscheidung der Bundesregierung vom 20. Dezember 1989, die Magnetschnellbahn Transrapid als erste Anwendungsstrecke zwischen den Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn zu bauen. Damit werden Zu-

### CDU: Transrapid – eine Zukunftschance für unser Land

kunftschancen für das Land Nordrhein-Westfalen eröffnet.

Dieser erste Schritt ins 3. Jahrtausend muß innerhalb des nächsten halben Jahres mit dem Bund konkretisiert werden. Dies bedeutet, unverzüglich

- 1.) das Raumordnungsverfahren einzuleiten, insbesondere
- 2.) die Streckenführung festzulegen unter Berücksichtigung einer städtebaulich akzeptablen und umweltverträglichen Lösung sowie
- 3.) ein Finanzierungsmodell zu erarbeiten.

Ein geordnetes Verfahren wird nach Auffassung der CDU-Landtagsfraktion dazu beitragen, daß Ängste der Betroffenen abgebaut werden. Messungen des TÜV-Rheinlands haben folgende Vergleichswerte ergeben:

	Abstand (m)	Geschwindigkeit	dB(A)
IC	25	201 km/h	87
Güterzug	50	90 km/h	89
Transrapid 07	25	180 km/h	73
Transrapid 07	25	250 km/h	75
Transrapid 07	25	290 km/h	77

Mit der Entscheidung der Bundesregierung beginnt die Zukunft in Nordrhein-Westfalen. Diese Chance darf nicht verspielt werden.

Von  
Marianne Thomann-Stahl

Die Bundesregierung hat sich dafür entschieden, mit dem Transrapid die Flughäfen Köln/Bonn und Düsseldorf zu verbinden. Dies ist eine mutige und konsequente Entscheidung für eine zukunftsorientierte Verkehrspolitik. Die nordrhein-westfälische F.D.P.-Landtagsfraktion begrüßt dieses Eintreten für den Transrapid und wird die Maßnahme unterstützen. Um die wirtschaftliche Zukunft an Rhein und Ruhr zu sichern und den Anschluß an das internationale Luftverkehrsnetz zu halten, ist die Schaffung eines leistungsfähigen Großflughafens NRW durch eine Schnellbahnverbindung zwischen den beiden Airports unverzichtbar. Nur eine schnelle und komfortable Verbindung wie Transrapid ermöglicht es, daß die Fahrt zwischen den beiden NRW-Flughäfen nicht länger dauert als das Umsteigen von einem Terminal zum anderen auf anderen internationalen Flughäfen. Diese Verbindung hat außerdem Modellcharakter für den innerdeutschen Flugverkehr.

Hier zeichnet sich eine echte Alternative für Kurz- und Mittelstreckenflugverbindungen ab. Daher kann die Strecke Düsseldorf – Köln/Bonn nur ein erster Teil eines bundesweiten Transrapid-Netzes sein. Mit dem Transrapid könnten später die Flughäfen Hamburg, Hannover, die beiden NRW-Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn, Frankfurt,

### F.D.P.: Entlastung für Luftverkehr und Autobahnen

Stuttgart und München verbunden werden und so die drangvolle Enge im deutschen Luftraum entlasten. Die neuesten politischen Entwicklungen lassen den Transrapid auch für den Ost- und Westverkehr interessant erscheinen. Ein solches Hochleistungssystem darf nicht zum Nahverkehrsmittel degenerieren. Der Transrapid kann eine wirkungsvolle Alternative zum Flugverkehr auf Kurz- und Mittelstrecken werden und auch zur Entlastung des Individualverkehrs auf den Autobahnen führen. Damit leistet Transrapid auch einen Beitrag für mehr Umweltschutz im Verkehr insgesamt.

Jetzt geht es darum, möglichst schnell die Planungen voranzutreiben und umzusetzen. Die für die Strecke notwendigen Vorbereitungen für das Raumordnungsverfahren müssen von der Landesregierung unverzüglich wieder aufgenommen werden. Wahltaktische Manöver der SPD-Landesregierung sind völlig fehl am Platze. Dabei ist selbstverständlich, daß die Rechte der Bürger respektiert, und berechtigten Bedenken Rechnung getragen wird. Auch kritische Details müssen auf den Tisch, um die Akzeptanz der Bevölkerung für dieses leistungsfähige und umweltverträgliche Verkehrssystem zu fördern. Pessimisten müssen durch nachprüfbare Fakten und Daten überzeugt werden. Zügiges und entschlossenes Handeln der Landesregierung ist gefordert!

## Schulausschuß führte Anhörung zur Stärkung der Elternrechte durch

### Frage nach Umfang der Mitwirkung von Müttern und Vätern im Schulleben weiter offen

Der F.D.P.-Entwurf sieht u. a. die Einführung von Gemeindeelternräten auf der Ebene der Schulträger, Ausdehnung der Verbändebeiträge auf die Ebene der Regierungpräsidenten, rechtlich-organisatorische Anbindung der schulformbezogenen Elternverbände an die Schulpflegschaften sowie Stärkung und Konkretisierung der Beteiligungsrechte auf Landesebene sowie Einführung einer Öffnungsklausel für die Bildung von Mitwirkungsorganen in den berufsbildenden Schulen vor. Als Alternative schlägt die F.D.P. auch die Einführung eines Landeselternrates wie in anderen Bundesländern vor.

Zu Beginn des Hearings erklärte Hans-Mattner-Stellmann zunächst für den Städte- und Gemeindebund, er sei der Auffassung, vor Schaffung neuer Mitwirkungsorgane sollten Defizite bei der schulinternen Mitwirkung beseitigt werden. Für den Landkreistag gab er dem Zweifel Ausdruck, ob durch Einführung formaler Entscheidungsebenen eine Verbesserung der Schulmitwirkung erreicht werden könne. Sie habe schon heute erhebliche Mängel.

### Zusammenschlüsse

Für den Städtetag NRW betonte Michael Schöneich, generell sei das geltende Schulmitwirkungsgesetz eine zufriedenstellende Grundlage. Krasse Defizite seien nicht zu erkennen. Mit einem klaren Nein beantwortete er die Frage, ob mit mehr Gremien ein Mehr an Demokratie zu gewinnen sei.

Dr. Franz Weibels als Sprecher des Katholischen wie auch des Evangelischen Büros hielt fest, das Mitwirkungsrecht im Schulmitwirkungsgesetz habe sich im wesentlichen bewährt. Er begrüßte den Vorschlag, daß der Vorsitzende der Schulpflegschaft sowie der Schülersprecher geborene Mitglieder der Schulkonferenz sein sollten.

Für den Deutschen Beamtenbund hielt Hans Josef Ruhland dem Entwurf zugute, er treffe einen zentralen Wert, den es zu stärken gelte. Er kritisierte jedoch, daß die Einordnung des Elternrechts in ein System von Maßstäben völlig fehle. Der F.D.P. hielt er vor, der Gesetzentwurf habe taktischen Charakter.

Für den Verein katholischer deutscher Lehrerinnen meinte Nelly Friedrich, der Entwurf der F.D.P. bringe einige Verbesserungsvorschläge für das Zusammenwirken der an der Schule Beteiligten. Es sei jedoch nicht zu verkennen, daß eine Reihe von Vorschlägen zu Formalismen tendierten, die im Negativfall zu Konfrontationen führen könnten, die dem Schulleben abträglich seien.

Der Gesetzentwurf der F.D.P.-Fraktion zur Stärkung der Elternrechte (Drs. 10/4568) hat bei einer Anhörung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung unter Leitung seines Vorsitzenden Hans Frey (SPD) weitgehend Ablehnung bei den kommunalen Spitzenverbänden, hingegen viel Zustimmung bei den Elternverbänden der einzelnen Schulformen gefunden. Sprecher der kommunalen Spitzenverbände äußerten vor allem die Sorge, Gemeinde- oder Stadtelternräten auf kommunaler Ebene könne die verfassungsrechtlich unzulässige Funktion eines „Nebenparlamentes“ zuwachsen. Die Sprecher der Elternverbände sahen dagegen in dem Entwurf die Chance, eine gesetzliche Anbindung der Elternverbände an die Elternvertretungen in den Schulen zu ermöglichen und die demokratische Legitimation der Elternverbände abzusichern. Die Forderungen der Verbandsmitglieder gingen sogar so weit, daß Schulpflegschaften im Schulausschuß einer Gemeinde vertreten sein und die anerkannten Elternverbände an Sitzungen des Ausschusses für Schule und Weiterbildung des Landtages teilnehmen sollten.



Elternrechte in der Diskussion: die Sachverständigen und Abgeordneten beim Hearing. Vorne links Ausschußvorsitzender Hans Frey (SPD).  
Foto: Schüler

Renate Hendricks begrüßte den Gesetzentwurf namens des Elternrates Grundschule „grundsätzlich“. Das bestehende Gesetz sei für die Elternmitwirkung keine brauchbare Handhabe. Schulpflegschaften sollten im Schulausschuß einer Stadt vertreten sein. Sie forderte auch die Teilnahme von Verbandsvertretern an Sitzungen des Schulausschusses des Landtages.

„Grundsätzlich“ begrüßte auch Dirk Stachelhaus für den Elternrat Hauptschule den Entwurf. Der Einrichtung Gemeinde- und Stadtelternräten stimme man voll zu. Nach seiner Ansicht fehlt dem Entwurf eine Vorschrift, wonach Fachkonferenzen gebildet und einberufen werden müßten.

Der Sprecher des Elternrates Realschule, Willi Jägers, merkte kritisch an, daß die geforderte Bildung von Gemeinde- und Stadtelternräten aller Schulformen sehr problematisch und abzulehnen sei, weil schulformspezifische Probleme durch die anderen Schulformen majorisiert werden könnten.

Dr. Paul Jürgen Stein als Sprecher der Landeselternschaft der Gymnasien bezeichnete es als nicht verwunderlich, daß er als Vertreter eines Elternverbandes einem Gesetzentwurf positiv gegenüberstehe, der die Möglichkeiten der Eltern, auf die Gestaltung des Schulwesens Einfluß zu nehmen, nachhaltig verstärken solle.

Für den Elternverein NRW erklärte Dr. Renate Albach, das Schulmitwirkungsgesetz leide an grundsätzlichen Mängeln. Es verkenne, daß Eltern ein anderes Maß an Beteiligung im Feld der Erziehung zukomme als Lehrern und Schülern. Als Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft „Hilfe für Behinderte e.V.“ betonte Frau G. Wörmann, die Eltern von behinderten Schülern seien ganz besonders auf das Zusammenwirken mit der Schule angewiesen. Jede Verbesserung der Schulmitwirkung, die das schicksalmäßige Sonderinteresse dieser Eltern berücksichtige und mitumfasse, „wird von uns deshalb dankbar angenommen und bedacht“, sagte die Sprecherin.

Dolores Wiegand erklärte für die Landesarbeitsgemeinschaft „gemeinsam leben — gemeinsam lernen“, der Paragraph 7 des Schulpflichtgesetzes, wonach Kinder auch gegen den Willen der Eltern Sonderschulen zugeführt werden können, müsse geändert werden.

Anton Janzing, Katholische Elternschaft Deutschlands, zeigte sich nicht überzeugt, daß eine Gemeindeschulpflegschaft gesetzlich zu fixieren sei. Er neige mehr zu freiwilligen Zusammenschlüssen, die schulformbezogen sein sollten. Für den Progressiven Eltern- und Erzieherverband verwies Anke Dander darauf, das Anstreben einer Lan-

Fortsetzung Seite 16

*Der Landtag hat einen Antrag der F.D.P.-Fraktion zur Beendigung der Verhandlungen mit Triple Five über den Bau des sogenannten World Tourist Center in Oberhausen entsprechend der Empfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie für erledigt erklärt (Drs. 10/4365 und 10/4827).*

**Joachim Westermann** (SPD) erinnerte daran, daß nach Auswertung der Gutachten die Landesregierung am 20. Juni 1989 beschlossen habe, daß das WTC-Projekt in der am 13. April 1989 vorgelegten Fassung nicht genehmigt werden könne, da es mit landesplanerischen Zielvorstellungen unvereinbar, daß auch die beabsichtigte Verkaufsfläche zu groß sei. Die Landesregierung habe ferner festgestellt, das Grundstück in Oberhausen solle umgehend für Zwecke der Wirtschaftsförderung gesichert werden. Für die künftige Nutzung des Grundstücks werde ein Wettbewerb in Gang gesetzt, an dem sich auch die Triple Five Corporation beteiligen könne. Dieser abschließenden Bewertung hätten sich die Fachausschüsse angeschlossen und den Antrag der F.D.P.-Fraktion für erledigt erklärt. Westermann bezeichnete den Antrag vom Juni des Jahres als „nicht seriös“. Zur Zeit der Antragstellung sei eine verantwortliche Entscheidung unmöglich gewesen. Der Antrag auf namentliche Abstimmung habe ebenfalls darauf hingedeutet, daß es eigentlich nur um Effekthascherei gegangen sei. Mit verantwortlicher Strukturpolitik habe das überhaupt nichts zu tun. Der Abgeordnete stellte abschließend fest, man habe in NRW bewiesen, daß man in der Lage sei, Großprojekte zu handhaben und zügig zu entscheiden. Potentielle Investoren in NRW könnten davon ausgehen, daß ihre Anträge ernstgenommen, geprüft und zeitnah entschieden würden.

**Manfred Heinemann** (CDU) bekräftigte, die Diskussion sei am 13. Juni im Plenum sehr ausführlich vorgenommen worden. Zur

## Nach Beendigung der Verhandlungen mit Triple Five: Grundstück wird auf Gefährdungen abgeschätzt

Beendigung der Verhandlungen über den Bau des „World Tourist Center“ seien eindeutige Stellungnahmen abgegeben worden. Nach den vorliegenden Informationen gebe es mit der CDU an diesem Standort mit Triple Five, jedenfalls in dem Format, keine Ansiedlung. Vor allem die Bedenken, die aus der betroffenen Region und auch aus dem Einzelhandel gekommen seien, seien so schwerwiegend, „daß es das mit uns in dieser Form nicht gibt“, sagte der Abgeordnete. Es setze sich zunehmend die Erkenntnis durch, daß sich besonders das Kauf- und auch das Freizeitverhalten wieder mehr auf die Innenstädte konzentriere.

**Hagen Tschoeltsch** (F.D.P.) vertrat die Auffassung, das sei schon eine merkwürdige Debatte. Am 13. Juni habe die F.D.P. ihren Antrag zur direkten Abstimmung gestellt. Da hätten alle gesagt: Bitte nicht, man habe noch Beratungsbedarf. Sieben Tage später habe das Kabinett entschieden, das Projekt World Tourist Center könne in der vorgelegten Fassung nicht genehmigt werden, da es in wesentlichen Punkten unvereinbar sei mit landesplanerischen Zielvorstellungen. Plötzlich habe es auch bei der SPD-Fraktion keinen Beratungsbedarf mehr gegeben. Auch bei der CDU-Fraktion nicht. Der Abgeordnete stellte die Frage, warum man am 13. Juni nicht so offen gewesen sei und gesagt habe, die Position der F.D.P. sei richtig, man stimme zu. Dann hätte man sich die heutige Debatte ersparen können. Die F.D.P. habe das Projekt abgelehnt, weil man dafür keine Sondersubventionen wolle und weil Kaufkraftabzug aus anderen Statteilen erfolgt wäre.

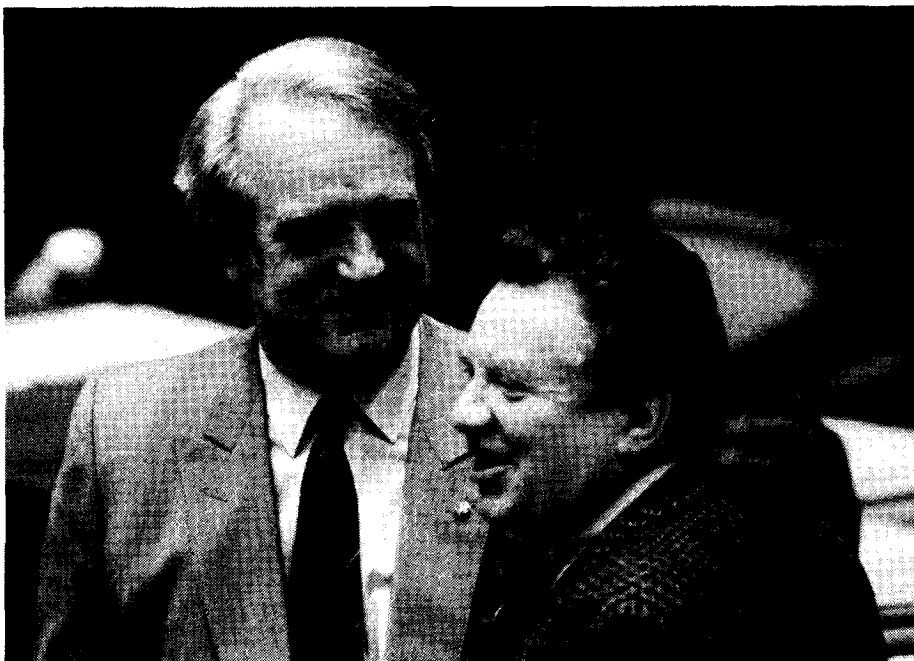
**Wirtschaftsminister Professor Dr. Reimut Jochimsen** (SPD) betonte, der von der Landesregierung im April eingeleitete Prüfungs-

und Bewertungsprozeß zu diesem Vorhaben sei richtig gewesen. Er sei vom Investor akzeptiert und er sei durch die von der Landesregierung beauftragten Gutachter in seiner Richtigkeit bestätigt worden. Der Minister bezeichnete es als ganz wichtig, daß das Vorhaben der Triple Five Corporation die Diskussion vor Ort über die Zukunft des Ruhrgebiets beflügelt habe und das Ruhrgebiet bundes-, europa-, ja sogar weltweit als Standort für Dienstleistungen und zukunftsorientierte Investitionen bekannt und bewußt gemacht worden sei. Und das sei ein bleibender Beitrag. Das Kabinett habe am 20. Juli beschlossen, das Grundstück für Zwecke der Wirtschaftsförderung zu sichern, ein Projektmanagement einzurichten und für die künftige Nutzung des Grundstücks einen Wettbewerb in Gang zu setzen. Dem Investor der Triple Five Corporation sei das Ergebnis des Prüf- und Bewertungsprozesses mitgeteilt worden. Die Firma habe daraufhin schriftlich ihre Absicht bekundet, sich weiter um das Grundstück in Oberhausen und die Realisierung ihres Vorhabens zu bemühen. Zunächst müsse jedoch das Ergebnis der zur Zeit laufenden Gefährdungsabschätzung – Altlasten, Blindgänger usw. – des Grundstückes abgewartet werden.

## Arbeitsbedingungen für Studierende verbessern

*Der Landtag hat, einer gemeinsamen Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung folgend, einem ursprünglichen Antrag der F.D.P.-Fraktion zur Verkürzung der Studiendauer durch verbesserte Arbeitsbedingungen einstimmig zugestimmt (Drs. 10/4040 und 10/4937).*

**Joachim Schultz-Tornau** (F.D.P.) berichtete, man habe hier eine gemeinsame Beschlußempfehlung zu einem ursprünglichen Antrag der F.D.P. vorliegen: Verkürzung der Studiendauer durch verbesserte Arbeitsbedingungen. An diesem Antrag seien einige Änderungen vorgenommen worden. So habe die SPD darum gebeten, die Stoßrichtung deutlich zu machen, indem nicht nur die Landesregierung angesprochen werde, sondern in gleicher Weise auch die Hochschulen. Erreicht werden sollte eine Straffung von Studien- und Prüfungsinhalten, eine Verbesserung der Studienorganisation durch Verbesserungen des Personal- und Sachmitteleinsatzes, eine stärkere Strukturierung des Studiums in den ersten Semestern sowie eine Verbesserung der Studienberatung. Auf Wunsch der SPD-Fraktion seien aus dem ursprünglichen Antrag der F.D.P. zwei Punkte herausgenommen worden: der Punkt, daß sich die Ergebnisse der Zwischenprüfung auf die Prognose „Sicherheit für das weitere Studium“ auswirken und der Punkt, daß die Wiederholbarkeiten von Prüfungen eingeschränkt werden sollten.



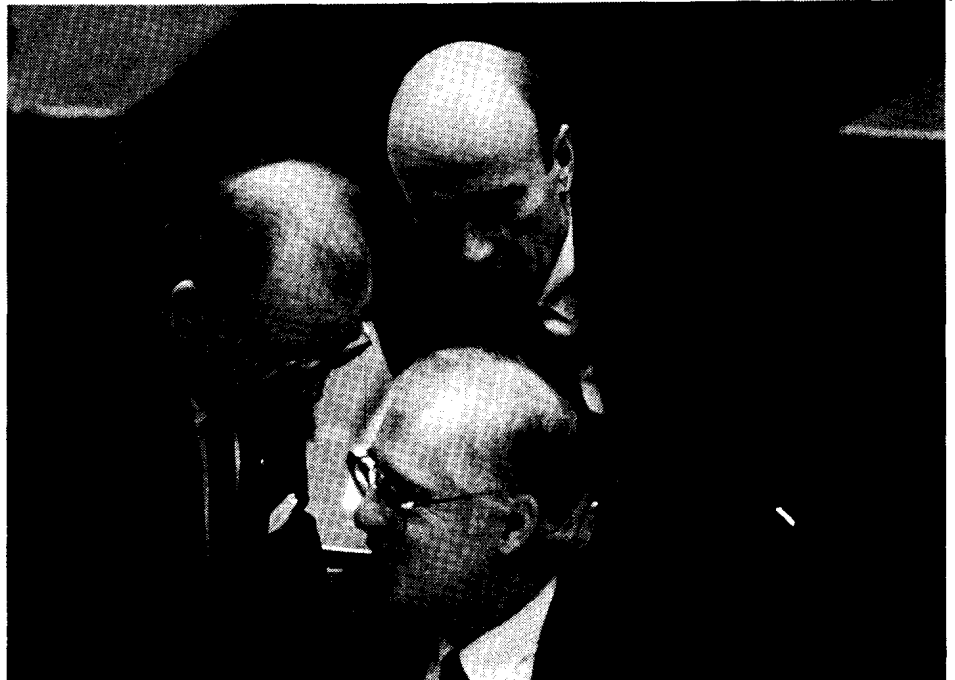
Dialog in einer Plenarpause: v.l. Ministerpräsident Johannes Rau und Fraktionsvorsitzender Professor Dr. Friedhelm Farthmann (beide SPD). Foto: Schüler

## Noch in diesem Schuljahr treten vorläufige Richtlinien zur Computer-Grundbildung in Sekundarstufe I in Kraft

Der Computer wird künftig noch mehr als bisher Einzug in die Schulen des Landes halten. Bei der Beratung eines F.D.P.-Antrages zum Ausbau von Informations- und Kommunikationstechnik an den Schulen Nordrhein-Westfalens (Drs. 10/256), den die Liberalen bereits 1985 eingebracht hatten, erklärte Kultusminister Hans Schwier (SPD), noch in diesem Schuljahr könnten die vorläufigen Richtlinien zur informations- und kommunikationstechnologischen Grundbildung für die Sekundarstufe I in Kraft gesetzt werden.

**Brigitte Speth** (SPD) sagte: „Wir wollen keine Computerkids. Wir wollen Jugendliche zu einem intelligenten und anspruchsvollen Umgang mit diesen Geräten ausbilden. Wir wollen sie ausbilden für eine hochtechnisierte Gesellschaft, für eine schnell sich verändernde Arbeitswelt, für die Herausforderung eines vereinigten Europas.“ Kein anderes Land in der Bundesrepublik habe so hohe Standards etwa bei der Lehrerfortbildung. Auch hier wolle man keine Schmalspurausbildung, wie sie etwa in Baden-Württemberg geschehe. Die Ausstattung von Schulen mit Computern habe sich deutlich verbessert. 1982 seien noch nicht einmal die Hälfte aller Gymnasien mit Computern ausgestattet gewesen. Für die anderen Schulformen habe es noch schlechter ausgesehen. Und heute nach der Statistik vom Jahre 1989 seien von den Hauptschulen 85,7 Prozent, von den Realschulen 96,5 Prozent, von den Gymnasien 98,1 Prozent und von der Gesamtschule 81,5 Prozent aller Schulen mit Computern ausgestattet. Im Mittel zwischen neun und zehn Computern pro Schule. NRW fördere, übrigens einmalig in der Bundesrepublik, aus dem Programm Zukunftstechnologie des Wirtschaftsministers die Entwicklung von exemplarischer Schulsoftware in Zusammenarbeit mit mittelständischen Softwarehäusern.

**Paul Mohr** (CDU) sagte, bei der Kooperation mit Anwendern und Herstellern sollte die Festlegung auf ein System vermieden werden. Die Vielfalt der unterschiedlichen Entwicklungslinien solle erhalten bleiben, schon um kommerzielle Abhängigkeiten zu vermeiden. Wichtig sei auch, daß die eingeführten Systeme voll kompatibel seien. Die Unterstützung der Schulen durch ein Technologieprogramm des Landes sollte allenfalls bei der Ersteinführung erfolgen. Danach gehöre der Einsatz neuer Techniken und Technologien, auch deren Reparatur und Wartung, zur Pflichtaufgabe der Kommunen. Ein separates Schulcomputersystem schein nicht realisierbar. Es bestünde die Gefahr der Abkoppelung von wichtigen technischen Entwicklungen und Erneuerungen. Als gesicherte Erkenntnis dürfe gelten, daß die Einführung einer kommunikationstechnischen Grundbildung neben der klassischen Informatik in den Sekundarstufen I und II allenfalls den Klassen 9 bis 10 vorbehalten bleiben sollte. Diese Grundausbildung dürfe nicht auf ein Fach beschränkt bleiben.



Meinungsaustausch innerhalb der Oppositionsfaktionen: v.l. Dr. Ottmar Pohl (CDU), F.D.P.-Fraktionsvorsitzender Dr. Achim Rohde (vorne) und Albert Leifert (CDU).  
Foto: Schüler

### Existentielle Frage

**Joachim Schultz-Tornau** (F.D.P.) erklärte, man wolle, daß sich junge Menschen in der praktischen Anwendung der Informationstechniken und der modernen Kommunikationstechniken zurechtfinden. Wenn sie sich damit praktisch auseinandersetzen könnten, sollten sie auch in die Lage versetzt werden, sich weiterführende Gedanken über die soziale Dimension und über die persönliche Dimension dieser Techniken zu eigen zu machen. Nach dem Antrag der F.D.P. aus dem Jahre 1985 habe sich manches in den Köpfen getan, aber in der Realität noch nicht genügend verändert, damit man sagen könne, der Antrag habe sich erledigt. Der Abgeordnete nannte das Problem der Lehrerfortbildung, was aber ganz besonders trostlos aussehe, sei die Ausstattung im Bereich der Hardware. Frau Speth habe nicht gesagt, daß da neben hochwertiger Technik völlig ausrangierte, für die moderne Technologie kaum noch geeignete Geräte stünden. Er fragte, was das Land in dieser existentiellen Frage für die Kinder zu tun gedenke, damit dieses Auseinanderklaffen nicht immer schlimmer werde.

**Kultusminister Hans Schwier** (SPD) betonte, die Landesregierung sei mit diesem Entschließungsantrag zu neuen Informations- und Kommunikationstechnologien in der Schule sehr zufrieden. Sie nehme diesen Antrag als die Aufforderung, ihren bisherigen Kurs fortzusetzen. Zu den Richtlinien für die informations- und kommunikationstechnologische Grundbildung für die Sekundarstufe I erklärte der Minister, ihr Entwurf sei im Sommer in das Beteiligungs-

verfahren gegeben worden. Derzeit würden die eingegangenen Stellungnahmen ausgewertet. Man werde noch im Laufe dieses Schuljahres die vorläufigen Richtlinien in Kraft setzen können. Vorgesehen sei, daß mit Beginn des Schuljahres 1992/93 die Grundbildung verpflichtend für alle Schulen der Sekundarstufe einzuführen sei. Auf absehbare Zeit werde ein gut ausgestattetes und effizient arbeitendes Beratungssystem von besonderer Bedeutung für Lehrkräfte, Schulträger und sonstige am Schulleben interessierte Organisationen und Einzelpersonen notwendig bleiben. Zur Lehrerfortbildung sagte der Minister, an über 100 Fortbildungspunkten würden Lehrkräfte auf die neuen Aufgaben vorbereitet. Etwa 18 000 Lehrerinnen und Lehrer hätten in den letzten fünf Jahren die Fortbildungsangebote genutzt. 7 500 von ihnen stammten aus dem berufsbildenden Schulwesen.

### Hochschulen: Sicherung der Aufgabenerfüllung

Der Landtag hat einem Antrag der CDU-Fraktion zur Sicherung der Aufgabenerfüllung der Hochschulen in der Fassung der Beschlüßempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung einstimmig zugestimmt (Drs. 10/4364 und 10/4938). Der CDU-Abgeordnete **Professor Dr. Horst Posdorf** lobte die ausgezeichneten Beratungen im Ausschuß. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Antrag zügig für die Studierenden im Land umgesetzt werden könne.

## SPD besteht auf Beteiligung der Bundesregierung

Auf Antrag der CDU-Fraktion (Drs. 10/4420) hat sich der Landtag mit der „Sicherung und Verwendung der rückzahlbaren Strukturhilfen für die Erneuerung unseres Landes“ befaßt. Der plenaren Erörterung am 14. Dezember 1989 lagen eine Beschlußempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 10/4930) und ein Entschließungsantrag der SPD (Drs. 10/4896) zugrunde.

**Erwin Pfänder** (SPD) nannte die von der CDU geforderte Zweckbindung der Rückflüsse aus haushaltsrechtlicher Sicht problematisch: Solche Rückflüsse würden eigentlich von den Finanzministern als allgemeine Deckungsmittel vereinnahmt und zur Rückführung der Kreditaufnahme verwandt. Wenn davon im Lande abgesehen werden solle, dann müsse man gleiches vom Bund erwarten. Dem widersetzte sich allerdings die Union und bestehe auf einem Alleingang des Landes: Die Union des Landes habe zwar den Mund gespitzt, dürfe aber nicht pfeifen, „weil sie aus Bonn die rote Karte gezeigt bekommen habe“. NRW müsse aber darauf bestehen, daß Bonn seinen Anteil (zwei Drittel) an den Rückzahlungsbeträgen ebenfalls zur Verfügung stellt.

**Hans-Karl von Unger** (CDU) erinnerte an die rund drei Milliarden Mark Investitionszulagen und Strukturhilfen, die die deutsche Stahlindustrie zwischen 1983 und 1985 von Land und Bund erhalten hätten. Wegen einer soliden und langwährenden weltweiten Konjunktur, die man zu einem guten Teil der Regierung Kohl zu verdanken habe, kämen nun schneller als erwartet und unverhofft die Rückflüsse. Es sei die Idee der CDU, diese Mittel in einen Kreislauf zu führen und in den Regionen, etwa zur Aufbereitung alter Industrieblöcke, zu belassen. Wenn das Land versuche, daraufzusatteln und den Bund zu einer „wundersamen Geldvermehrung zu zwingen“, dann sei das taktisch unklug und in der Sache unlogisch und entlarvend: „So sollte ein Bittsteller nicht mit einem spendablen Onkel umgehen“, fand von Unger und bezeichnete die SPD-Forderung als „Sollbruchstelle“ des Antrags.

**Hagen Tscholtsch** (F.D.P.) erklärte es für richtig, für öffentliche Zuschüsse gewinnabhängige Rückzahlungsverpflichtungen zu vereinbaren. Aber über den CDU-Antrag könne man trefflich streiten: Was habe Vorrang, die Verwendung für die Erneuerung des Landes oder die Konsolidierung des Haushalts? „Die F.D.P. hat entschieden, die Konsolidierung des Haushalts hat Vorrang“, darum lehne seine Fraktion den CDU- und den SPD-Antrag ab, denn die wolle ja auch das hereinkommende Geld sofort wieder ausgeben.

**Wirtschaftsminister Professor Dr. Reimut Jochimsen** (SPD) erhärtete den Grundsatz, „das, was hier gewährt worden ist, sollte beim Rückfluß im gleichen Schlüssel verteilt werden“. Die negative Haltung des Bundes sei inzwischen bekannt, inwieweit sie noch zu verändern sei, bleibe abzuwarten. Der Bedarf jedenfalls sei unstreitig, es gelte den Strukturwandel mittelfristig fortzusetzen: „Wir sollten die bewährten Schlüsselungen, die wir zwischen Bund und Land entwickelt und die uns auch abgetrotzt worden sind, in Zukunft zugrunde legen.“

Auf Antrag der SPD-Fraktion hat der Landtag am 14. Dezember 1989 über die Entwicklung des Wassersports in NRW (Drs. 10/4805) debattiert. In diesem Antrag werden Wassersportentwicklungspläne gefordert, ein Wasserwanderwegenetz angeregt und verlangt, den nicht motorisierten Wassersport nur in dem für den Umweltschutz erforderlichen Maß zu beschränken. Der Antrag wurde einstimmig an den Sportausschuß – federführend – überwiesen.

**Dieter Blumenberg** (SPD) wies bei der Begründung auf die Tatsache hin, daß Wassersport eine gesteigerte Gewässerqualität und verminderte Schadstoffeinträge voraussetze; im übrigen seien Wassersportler in aller Regel nicht die Verursacher von Umweltschäden an Gewässern, sondern „oft die Leidtragenden von Gewässerverunreinigungen durch Industrieabwässer“. Eine Umfrage an der Ruhr habe ergeben, daß der Wunsch nach sportlicher Betätigung am und auf dem Wasser bei den Bewohnern der Region hinsichtlich der Freizeitaktivitäten an erster Stelle stehe. Das bedürfe „in unserem an natürlichen Wasserflächen armen Land“ einer besonderen Planung, erklärte Blumenberg und unterstrich, daß auch im Rahmen des Sports angesichts der steigenden Attraktivität des Wassersports an verantwortliche Formen der wassersportlichen Betätigung herangeführt werden müsse.

## Fraktionen einig in Förderung des Wassersports

**Anne-Hanne Siepenkothen** (CDU) wies auf den Antrag ihrer Fraktion in gleicher Sache hin, der seit knapp zwei Jahren vorliege und noch nicht erledigt sei. Die Vorstellungen ihrer Fraktion seien nur zum Teil erfüllt worden, „die Landesregierung hat es aus der Sicht der CDU bisher versäumt, Vorstellungen zu entwickeln, wie sie in Zukunft den berechtigten Interessen der Wassersportler entsprechen kann und diese in vollem Umfang absichern will“. Ihre Fraktion freue sich auf die Diskussion des Antrags im Sportausschuß: „Wir hoffen, daß wir den Wassersportlern helfen können.“

**Michael Ruppert** (F.D.P.) zeigte sich zufrieden darüber, „daß sich die drei Fraktionen gemeinsam für eine gute Sache einsetzen können“. Die F.D.P. stimme der Überweisung an den Sportausschuß zu und sei der Überzeugung, „daß wir uns in der Sache im Ausschuß einvernehmlich auf eine Fassung einigen können“, in die auch der bereits vorliegende CDU-Antrag einbezogen werde.

**Kultusminister Hans Schwier** (SPD) wies auf die mögliche Interessenkollision zwischen Wassersport und Naturschutz hin. Zum einen ziehe es viele Menschen in ihrer Freizeit zum Sporttreiben auf Wasser, zum anderen setzten sich Naturschützer für das Wasser und für Feuchtbiotope ein. Der Antrag sei gut, befand der Minister und drückte seine Erwartung aus, „die Beratungen im Sportausschuß werden sicher erfolgreich sein“.

## Liberaler wollen feste Grenze für Kreditaufnahme

Nach erster Lesung hat der Landtag Mitte Dezember vergangenen Jahres den F.D.P.-Gesetzentwurf „Begrenzung der Staatsschulden und Sicherung öffentlicher Investitionen“ (Drs. 10/4895) an den Hauptausschuß (federführend) überwiesen.

**Wolfram Dorn** (F.D.P.) kritisierte, die bisherige Bindung der Kreditaufnahme an Investition habe das Ansteigen der Kreditverschuldung des Landes auf rund 100 Milliarden Mark nicht verhindert. Darum müsse die verfassungsrechtliche Zulässigkeit von Kreditaufnahmen drastisch zurückgeführt werden; das sei am besten durch die Bindung der Höchstgrenze an die Höhe des Haushaltsvolumens zu erreichen: „Auf Dauer darf die staatliche Kreditaufnahme drei von Hundert des Haushaltsvolumens nicht überschreiten“, erklärte Dorn, das begrenze den Anstieg der Zinslasten und trage zu mehr Rechtssicherheit bei.

**Dr. Klaus Heugel** (SPD) nannte dies einen „untauglichen Versuch“, denn das Problem lasse sich nicht durch eine Systemänderung, sondern vielmehr durch ein „weitsichtiges und entschlossenes finanzpolitisches Handeln“ angehen. Dieser F.D.P.-Vorschlag ziele gegen die soziale und gesellschaftspolitische Handlungsfähigkeit des Landes“, vor allem wenn der Staat mit Einnahmeausfällen fertig werden müsse. Das alles sei mit der Verantwortung des heutigen Haushaltsgesetzgebers für die Auswirkungen des Haushalts auf die Gesamtwirtschaft nicht zu vereinbaren.

**Hartmut Schauerte** (CDU) bezeichnete es als Pflicht aller, die Verantwortung tragen wollen, Instrumente zu entwickeln, die das Neinsagen gegen Ausgabenwünsche aus der Bürgerschaft erleichtern und damit für ein geringeres Wachstum der Schulden sorgen. Dazu müsse man auch den Begriff Investitionen neu bestimmen und enger fassen. Der andere Weg sei eine Prozentfestlegung, die sich zwischen drei und fünf bewege. Sinnvoll wäre eine solche einheitliche Regelung aber auf allen Ebenen. Vielleicht sei aus dem BVG-Urteil vom April 1989 dazu der eine oder andere intelligente Hinweis zur Lösung der Frage zu entnehmen.

**Dr. Achim Rohde** (F.D.P.) wertete es als ganz normalen Tatbestand, daß die Demokratie in ihrem Schwächezustand zu Gefälligkeitsleistungen neige – „und weil sie die nicht mehr über die ordentlichen Einnahmen finanzieren kann, sucht sie den Ausweg in Kredite, in Verschuldung“. Darum müßten Parameter entwickelt werden, die die neuen Kredite an Indikatoren binden – „unabhängig von den Entscheidungen einer Mehrheitsfraktion“. Es seien feste Grenzen notwendig, da könne man nicht einfach mit purer Ablehnung reagieren.

**Finanzminister Heinz Schlußer** (SPD) betonte, es komme der Landesregierung ebenfalls darauf an, den Begriff Investitionen in der Landesverfassung deutlicher festzulegen. Darüber wolle er gern diskutieren, aber unter der Voraussetzung, „daß wir hier eine einheitliche Position aller Bundesländer und des Bundes haben“.

## Verkehrspolitiker entdeckten eine neue staatliche Mitverantwortung Gütertransporte auf Schiene, Straße, Wasser optimal verteilen

*Handlungsbedarf für die Verkehrspolitik des Landes sehen SPD- und F.D.P.-Fraktion bei der künftigen Steuerung des zunehmenden Gütertransportaufkommens. Ihre Anträge „Güterverkehrszentren in NRW“ (SPD, Drs. 10/4871) und „Güterverkehr im Wirtschaftsstandort NRW“ (F.D.P., Drs. 10/4951) wurden nach überwiegend sachlicher Diskussion in die Ausschußberatung überwiesen.*

**Karl Böse** (SPD) begründete den Antrag seiner Fraktion mit dem Hinweis auf das Nachfahrverbot für schwere LKW in Österreich und die öffentliche Diskussion über eine umwelt- und sozialverträgliche Gestaltung des Güterverkehrs. Die herkömmliche Politik sei in eine Sackgasse geraten. Die Bundesbahn sei in der Verkehrswegeplanung massiv benachteiligt worden, während das Straßennetz erheblich erweitert wurde. Der Verbundgedanke sei unterentwickelt. Kombiniertes Verkehr stecke in den Kinderschuhen. Schiene, Straße und Wasserstraße müßten künftig optimal verknüpft werden. Große Teile des Transitverkehrs seien auf die Schienen zu verlagern. Mit einem Anteil von mehr als 37 Prozent am gesamten Güterverkehr stehe NRW an erster Stelle. Bis zum Jahr 2000 werde das grenzüberschreitende Transportaufkommen um geschätzte 40 Prozent zunehmen. Außerdem gehe es um die Wettbewerbschancen für die deutschen Unternehmen. Anforderungsprofile für Güterverkehrszentren in NRW sollten dazu beitragen, daß auch kleine und mittlere Unternehmen im optimierten kombinierten Verkehr bestehen könnten.

**Marianne Thomann-Stahl** (F.D.P.) erwiderte, die SPD sei ihrer Anregung gefolgt, ihr Antrag sei jedoch zu dünn geraten. Vor etwa 50 Jahren sei ein Anteil der Logistik von fünf Prozent ermittelt worden, heute betrage dieser teilweise 60 Prozent der Kosten. Moderne Verkehrsleitsysteme und Ausschöpfung aller Reserven sollten zu intelligenter Nutzung vorhandener Wege und Anlagen führen. Die F.D.P. sei für Verlagerung der Zuwächse auf die Schiene mit einer attraktiven Bahn, die im Kombiverkehr konkurrenzfähig sei. Das Bündnis Bahn/LKW und Schiff/LKW sei ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Bei Huckepack-Verkehr dauere derzeit die gesamte Transportzeit etwa 20 Prozent länger als bei reinem Straßentransport. Logistische Dienstleistungszentren am Standort eines wichtigen Verkehrsträgers sollten privatwirtschaftlich betrieben werden und zur Senkung der Kapitalbindungskosten beitragen.

**Heinrich Dreyer** (CDU) sagte, Güterverteil- und -verkehrszentren seien keine Erfindung der Politik, sondern ein von der Verkehrswirtschaft längst beschrittener Weg. Allerdings gehe es jetzt um die öffentliche Förderung. Die bereits geplanten Zentren Rheine und Emmerich klagten über Behinderung durch Landesbehörden. Bei der Schiene gebe es in der Bundespolitik seit 1985 einen deutlichen Kurswechsel, es werde auf Zuwächse gesetzt. Verbrauchsgesteuerten Güterverkehr gebe es heute schon, besonders bei mittelständischen Unternehmen. Im Änderungsantrag der CDU seien Bedenken enthalten hinsichtlich unnötiger Behinderungen.

**Georg Aigner** (SPD) erinnerte an die Anhörung seiner Fraktion im Februar 1989. Die F.D.P. verhalte sich wie ein Trittbrettfahrer, und die CDU habe das Thema verschlafen. Der F.D.P.-Antrag rieche zu sehr nach Planwirtschaft. Die Lagerhaltung von großen Unternehmen auf die Straße könne ebenfalls nicht Ziel sein. Regionale Forderungen würden nicht weiterführen, Kriterien für unterschiedliche Modelle seien zu entwickeln. Obwohl aus verkehrs- und umweltpolitischen Gründen dringend mehr Güter auf die Schiene verlagert werden müßten, ziehe sich die Bundesbahn jetzt auch im Güterverkehr aus der Fläche zurück. Allein betriebswirtschaftliche Interessen berücksichtigen nicht die Landesentwicklung. Für den kombinierten Güterverkehr gebe es in NRW bereits acht Umschlagbahnhöfe, aber auch erhebliche Kapazitätsengpässe sowie massive Widerstände von Betroffenen bei Ausbauplänen. Dem müsse nach sorgfältiger Prüfung und Abwägung widerstanden werden, um die Zukunft zu gestalten.

**Verkehrsminister Dr. Christoph Zöpel** (SPD) nannte die Frage berechtigt, ob eine

neue staatliche Aufgabe entstehe. Das Errichten und Betreiben von Güterverkehrszentren sei Sache der privaten Unternehmen. Es gebe aber jetzt ein ökologisches Problem. Die 34 000 Quadratkilometer Fläche in NRW könne nicht vermehrt werden. Die Landesregierung werde dem Wunsch der Fraktionen nachkommen und die Lage mit allen Beteiligten erörtern. Im Verkehrsausschuß würden nach Vorliegen aller Informationen, möglichst über Parteigrenzen hinweg, Art und Umfang staatlicher Maßnahmen beraten. Der Minister räumte ein, daß es Gründe gebe, daß der Staat eine zusätzliche Aufgabe übernehme.

**Heinrich Dreyer** (CDU) wies Angriffe auf Blüm und Zimmermann durch einen SPD-Redner zurück. Das beanstandete Bundesbahn-Konzept sei von SPD-Politikern zu verantworten. Bei 3 000 von 8 000 Gütertarifpunkten, die nur noch eine Ladung pro Woche bekämen, sei es vernünftig, über unnötige Vorhaltung von Infrastruktur der Bahn zu reden. Die Bahn mache 50 Prozent ihres Gütertransports mit nur 150 Kunden. Diffamierung sei nicht angebracht.



Um den „Huckepackverkehr“ beim Gütertransport (hier: Beladung von Tieflade-Waggons mit LKW im Umschlagbahnhof Köln-Eifeltor) wird zur Zeit ein Anzeigenkrieg zwischen der Bundesbahn und dem Straßenverkehrsgewerbe ausgetragen, bei dem es um Transportkapazitäten für „mehr Güter auf die Schiene“ geht.  
Foto: Deutsche Bundesbahn

## Zentrale Studienplatzvergabe bleibt „Blau-gelbe Aktivitäten unnütz“

In direkter Abstimmung wurde der F.D.P.-Antrag „Mehr Freiheit bei der Studienplatzwahl — mehr Mitsprache bei der Auswahl von Studienbewerbern“ (Drs. 10/4813) vom Plenum am 13. Dezember 1989 abgelehnt. Die Redner der SPD-Mehrheit verwiesen dazu auf das ablehnende Votum der Hochschulen und aller Länder im Bundesrat.

**Joachim Schultz-Tornau** (F.D.P.) bezeichnete den Antrag seiner Fraktion als mutig. Mehr Wettbewerb gehöre in das Hochschulsystem, und ein höherer Stellenwert komme der Lehre zu. Den Forschungsleistungen und der Lehrleistung der Hochschullehrer werde neuen Aufschwung gegeben. Durch die ZVS gebe es ein seelenloses undurchschaubares System, das dringend abgeschafft werden müsse. Es unterstelle den

Studenten beschränkten Untertanenverstand. Auch die Hochschullehrer begrüßten den F.D.P.-Vorschlag. Deren Belastung durch Auswahlgespräche habe der Bundesbildungsminister mit neun Gesprächen pro Jahr im überlasteten Bereich Betriebswirtschaft errechnen lassen. Auswahlgespräche böten auch die Chance des persönlichen Kennenlernens.

Fortsetzung Seite 8

## Kommunale Hilfsaktionen für DDR-Städte „Alles Tropfen auf den heißen Stein“

In einer besonderen Sitzung am 7. Februar will sich der Ausschuß für Kommunalpolitik ausschließlich mit den Problemen befassen, die den Städten und Kreisen einerseits durch Übersiedler, andererseits durch direkte Hilfeleistungen seit der Öffnung der Grenze zur DDR entstehen. Dies beschloß der Ausschuß in der in Vertretung des erkrankten Vorsitzenden von Hanns Backes (CDU) geleiteten Sitzung am 10. Januar. Dazu wurden die mit DDR-Maßnahmen befaßten Ressorts um aktuelle Berichterstattung gebeten. Mitglieder anderer Landtagsausschüsse sollen ebenfalls eingeladen werden.

Auf Antrag des Recklinghauser Landrats Helmut Marmulla (SPD) hatte im Anschluß an die Tagesordnung eine Aussprache über Konsequenzen aus den Umwältungen in der DDR für die Kommunen in NRW stattgefunden. Wie er hatten auch andere Ausschußmitglieder die Weihnachtspause zu DDR-Reisen mit privaten und, soweit Städtepartnerschaften bestehen, auch dienstlichen Kontakten genutzt. Sie berichteten, wie SPD-Sprecher Reinhard Wilmbusse als Bürgermeister von Lemgo, von Besucherströmen aus Partnerstädten mit entsprechender Nachfrage nach Dienstleistungen und von zunehmenden Lieferwünschen für Hilfsgerät der Grundversorgung. Albert Leifert (CDU) ergänzte, jetzt, wo man hinter die Kulissen blicken könne, werde viel deutlicher als bei früheren Besuchen, wie verrottet das System sei, in dem es an nahezu allem fehle. Dr. Ludwig Riemer (F.D.P.), der die besondere DDR-Sitzung zur Koordinierung aller Landtagsaktivitäten angeregt hatte, äußerte aufgrund eigener Erfahrung die Befürchtung, daß es unabhängig vom Wahlausgang am 6. Mai eine neue Welle von Übersiedlern geben werde, weil daß Ausmaß des Wirtschaftsgefälles erst jetzt in das Bewußtsein der DDR-Bevölkerung gelange.

Auch von bereits durchgeführten Hilfsgütertransporten aus Städten und Kreisen berichteten die Kommunalpolitiker und empfahlen

die Überprüfung des Fahrzeug- und Maschinenparks im Hinblick auf entbehrliches Gerät. Von Kehrmaschinen über Omnibusse bis zu medizinischem Bedarf aller Größenordnungen war die Rede bei den Berichten über direkte Hilfeleistungen. Vom „Segen der kommunalen Selbstverwaltung wurde gesprochen, weil im Gegensatz zu zentraler Staatslenkung rasch und wirksam geholfen werden könne. Innenminister Dr. Herbert Schnoor, der eben selbst mit Baumsägen, Fleischerwerkzeug und Behindertenhilfen in der DDR unterwegs gewesen war, bekräftigte: „Es geht am besten dezentral“, das heißt von Stadt zu Stadt oder durch direkte Kontakte der Institutionen. Der Bedarf sei riesig, doch seien alles „Tropfen auf den heißen Stein“. Die Bitten der Kommunalpolitiker, Mittel aus dem Ausgleichsstock der Gemeindefinanzen für DDR-Spenden verwenden zu können und Behördenwege im Rahmen der Kommunalaufsicht auf ein Minimum zu beschränken, fanden beim Minister ein offenes Ohr.

Über beschleunigten Wohnungsbau hatte sich der Kommunalausschuß bereits zu Beginn von einem Vertreter des Städtebauministeriums ausführlich informieren lassen. Die Beschlußfassung über einen F.D.P.-Antrag „Mehr Wohnungen“ wurde auf die „DDR-Sitzung“ verschoben. Bei der kommunalen Bauplanung sollen gesetzliche Vorschriften gelockert werden.

## Studienplatzvergabe ...

Fortsetzung von Seite 7

**Franz Josef Kniola** (SPD) bemerkte, das ZVS-System sei durch Gerichtsentscheidungen aufgezwungen worden. Das von der F.D.P. vorgeschlagene Verfahren bringe ein Unmaß zusätzlicher Bürokratie mit sich. Es werde zu doppelten oder vielfachen Antragsstellungen führen. Im übrigen sei über den Gesetzentwurf des Bundes bereits Anfang November im Bundesrat abgestimmt worden. Alle Länder hätten ihn für untauglich gehalten.

**Wolfgang Faber** (CDU) erinnerte an die Einführung der Zulassungsbeschränkungen Mitte der 70er Jahre durch die geburtenstarken Jahrgänge. Auch mehr Mittel hätten die Knappheit an Studienplätzen nicht wesentlich verändert. Bei den Prognosen für die 90er Jahre sei Zurückhaltung geboten. Grundsätzlich sei mehr Selbstbestimmung bei der Studienwahl zu begrüßen. In NRW hätten sich im Wintersemester mehr als 465 000 Studierende eingeschrieben. Die Bonner Änderung solle zu mehr Profilbildung der Hochschulen beitragen. Auch im Blick auf die EG müsse der Wettbewerb verstärkt werden. Keinesfalls richtig sei das Aufbürden der Last des Auswahlgesprächs ohne personelle Verbesserungen und ohne Abbau bei der ZVS. Im Kern seien die Anstrengungen des Bundes zu unterstützen.

**Andreas Reichel** (F.D.P.) nannte die abwartende Stellungnahme der Rektorenkonferenz konstruktiv. Die zentrale Vergabe beeinträchtige den Verfassungsrang des freien Zugangs. Auch die Hochschulautonomie verpflichte zu mehr Bewegungsfreiheit. Die Übernachtfrage, das Einbeziehen regionaler Abiturnoten und die Sorge um zwei Klassen von Hochschulen müßten abgewogen werden. Die freie Wahl des Studienorts werde von der F.D.P. respektiert und die Ungleichheit von Hochschulen gewollt. Die „Spiegel“-Umfrage sei hilfreich. Kleinere Universitäten böten Vorteile. Statt an der kraftvollen EG-Aufgabe mitzuwirken, freue sich die NRW-SPD an kleinlichen Schachzügen gegen den Bonner Minister. Es gehe auch um Länderfreiheit.

**Wissenschaftsministerin Anke Brunn** (SPD) wunderte sich über das F.D.P.-Anliegen, das im Bund auf allen Ebenen gescheitert sei. Das gemeinsame Ziel freier Studienplatzwahl scheitere an deren Anzahl. Vor fünf Wochen sei sogar der Bundesbildungsminister im Büßerhemd vor den Rektoren erschienen, um deren sehr kritische Stellungnahme zum Gesetzentwurf zu verhindern. Drei Tage später habe der Bundesrat abgelehnt. Jedes weitere Wort sei zuviel. Blau-gelbe Aktivitäten würden nicht gebraucht, sondern tatsächliche Verbesserungen. Nach dem F.D.P.-Antrag würde jede Hochschule eine Mini-ZVS für überlastete Fächer bekommen.

## Wirtschaft und Erziehung Moderne Unternehmer als Leitbild im Schulbuch

Der F.D.P.-Antrag „Soziale Marktwirtschaft und Unternehmerbild in Schulbüchern“ (Drs. 10/4812) wurde nach kontroverser Aussprache und unterschiedlicher Darstellung des Sachstands, welches Bild von Unternehmern in heutigen Schulbüchern vermittelt werde, mit den Stimmen der SPD-Mehrheit am 13. Dezember abgelehnt. F.D.P. und CDU sprachen sich dafür aus, in Schulbuchkommissionen auch Vertreter der Wirtschaft aufzunehmen.

**Hagen Tschoesch** (F.D.P.) forderte eine Schulbuchkonferenz unter Beteiligung der Wirtschaftsverbände, um das Unternehmerbild in Schulbüchern zu überprüfen. Gerade die Entwicklung in Deutschland zeige den Wert unserer Wirtschaftsordnung. Die Person des gestaltenden Unternehmers komme viel zu kurz, Wagnis und Risikobereitschaft würden übersehen wie auch der kleine Unternehmer. Arbeitnehmer würden als typische Malocher dargestellt, die Vielfalt der Arbeitsabläufe bleibe ausgeblendet wie auch die Sozialpartnerschaft. Besonders kritikwürdig sei die Darstellung von Arbeit als Last ohne Selbstgestaltung und Mitbestimmung.

**Kultusminister Hans Schwier** (SPD) wies die Vorwürfe zurück und sah in der vom Vordredner zitierten Untersuchung lediglich diskutabile Einzelheiten, ansonsten eine Blütenlese von Ahnungslosigkeit. So sei die Abhandlung eines betrieblichen Konflikts mit ausgewogenem Abschluß übersehen worden. Einem Religionsbuch werde mangelnde Wirtschaftskunde vorgeworfen. Die kritisierten Bücher stammten im übrigen aus freien mittelständischen Verlagen. Der Antrag der F.D.P. sei unsinnig. Zu sachlichem Gespräch über Schulbuchfragen sei er aber bereit.

**Marie-Luise Woldering** (CDU) sah dennoch ein berechtigtes Anliegen, da soziales Verhalten von Unternehmern, Sicherung von Arbeitsplätzen und Achtung vor der Umwelt nicht vorkämen. Leistungsbereite Arbeitnehmer sähen Unternehmer positiv. Frauen als Unternehmerinnen kämen in Schulbüchern nicht vor. Die CDU stimme dem Antrag zu, da die vorgeschlagene Kommission zum engeren und wünschenswerten Kontakt zwischen Wirtschaft und Kultur führen könne.

**Dr. Manfred Dammeyer** (SPD) wies auf das Duisburger Institut für Schulbuchforschung hin, das leider nicht gefragt worden sei. Unsere gesellschaftlichen Verhältnisse müßten umfassend und solide dargestellt werden. Schulbücher arbeiteten heute mit dem Gegenüber von sperrigen Materialien. Auch das Europäische Parlament habe eine „Holzhammertour der Schulbuchschele“ abgelehnt.

**Dr. Achim Rohde** (F.D.P.) nannte es peinlich, zusammen mit DDR-Experten alte Feindbilder aus Schulbüchern beseitigen, nicht aber das Bild von der sozialen Marktwirtschaft untersuchen zu wollen. Rohde zitierte den SPD-Abgeordneten Trinius: Es fehle die moderne Arbeitswelt, vor allem die technische und soziale Welt.



## „Technologie für Dritte Welt setzt Umdenken hierzulande voraus“

*Etwa 20000 Studenten aus Entwicklungsländern studieren oder bereiten sich auf ein Studium an einer nordrhein-westfälischen Hochschule vor. Die Hochschulen des Landes haben eine ganze Reihe von speziellen Studienangeboten entwickelt, unterhalten Partnerschaften mit Bildungseinrichtungen in Entwicklungsländern, unterstützen konkrete Projekte in der Dritten Welt. Welche Fragen eine an Bedürfnissen der Entwicklungsländer ausgerichtete Technik aufwirft und wie die Institutionen hierzulande dem gerecht zu werden versuchen, sollte eine Anhörung des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung am 11. Januar 1990 unter dem Vorsitz von Joachim Schultz-Tornau (F.D.P.) klären helfen.*

Angepaßte Technologie sei nicht mit Einfa-  
chtechnologie gleichzusetzen, stellte Professor Dr. Werner Gocht vom Forschungsinstitut für Internationale Technische und Wirtschaftliche Zusammenarbeit der RWTH Aachen klar. Es handle sich vielmehr um eine an die jeweilige Situation in einem bestimmten Entwicklungsland angepaßte Technik, „wobei diese Situation durch politische, ökonomische, sozio-kulturelle Faktoren bestimmt wird“. Das Institut biete keinen entwicklungsländerbezogenen vollen Regelstudiengang, erst im postgradualen Bereich sei eine gezielte Ausrichtung sinnvoll. In der Forschung habe die Ausrichtung auf die Bedürfnisse der Entwicklungsländer nur dann Sinn, wenn sie auf partnerschaftlicher Basis erfolge, also wenn das Problem aus einem solchen Land komme und wenn Wissenschaftler und Ingenieure aus dem Land an der Lösung mitarbeiten. Professor Dr. Werner Voß vom Institut für Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik betonte den interdisziplinären Ansatz dieser Einrichtung an der Ruhr-Universität Bochum. Derzeit sei man dabei, einen postgraduierten Studiengang „Computergestützte Analyse-, Planungs- und Prognosemethoden in Entwicklungsländern“ zu entwickeln, der sich vor allem an in der Bundesrepublik examinierte Studenten aus Entwicklungsländern richte.

Drei Bedingungen für angepaßte Technologie umriß Professor Dr. Hartmut Gaese vom Institut für Tropentechnologie der Fachhochschule Köln: ländergerecht, regionsgerecht und standortgerecht. Er warnte vor dem Fehlschluß, angepaßte mit „billiger“ Technologie gleichzusetzen; dahinter stecke oft unsere Hybris gegenüber den Entwicklungsländern. Solche Fehlschlüsse machten die „billigere“ leicht zur teureren Lösung, da Ressourcen fehlgeleitet, richtige Entwicklungen unterbrochen und die Akzeptanz in der Bevölkerung nicht erreicht werden können. Das Kölner Institut engagiere sich vor allem auf den Gebieten der Landwirtschaft und der Bewässerung. Der Schwerpunkt liege auf der Ausbildung ausländischer Studenten.

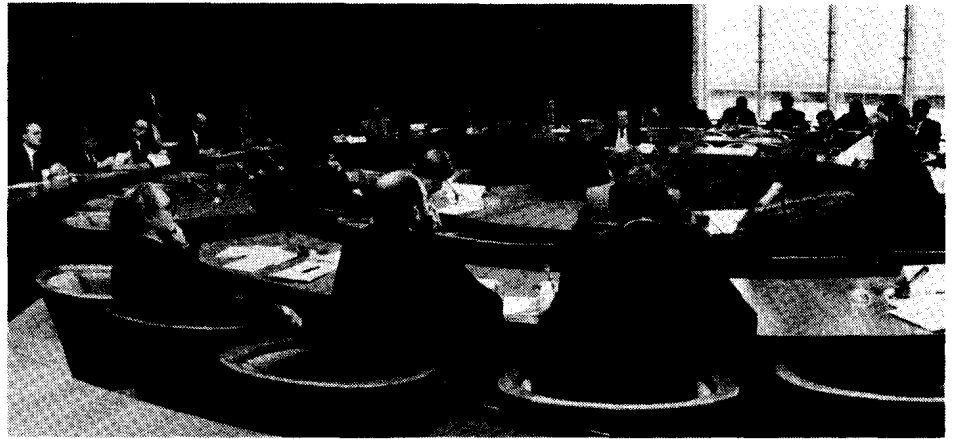
Vor allem an deutsche Studierende richtet sich das Angebot „Energietechnologien für Entwicklungsländer“ der Abteilung Jülich der Fachhochschule Aachen. Professor Dr. Michael Meliß wies auf die stark belastete Energiesituation der Entwicklungsländer hin, die rund 80 Prozent des kommerziellen Energieverbrauchs durch Öl decken und damit ganz erheblich von Ölpreiserhöhungen getroffen werden. Die Nutzung traditio-

neller Energiequellen führe zu schweren ökologischen Schäden, Wasserkraft werde kaum genutzt. Darum seien in den Ländern verstärkt regenerative Energiequellen einzusetzen, wobei das an der Fachhochschulabteilung geplante Technologiezentrum mitwirken wolle. Dabei stehe die Partnerschaft ganz oben an: Es genüge nicht, eine Technologie von hier in ein Entwicklungsland zu bringen, sie müsse — um breit angewendet zu werden — „zu tragbaren Kosten durch Ausnutzung heimischer Materialien und heimischer Arbeitskraft einführbar sein und in die Sozialstruktur passen“. Meliß machte den Vorschlag, hierzulande einen „Ausstellungspark“ einzurichten, wo anhand von Duplikaten der in Entwicklungsländern eingesetzten Geräte dokumentiert, geforscht, gelernt und verbessert werden könne.

„In Nordrhein-Westfalen gibt es rund 50 Hochschulen mit etwa 6000 Professoren und 17000 Hochschulassistenten und wissenschaftlichen Mitarbeitern. Dies ist ein gewaltiges Potential an Menschen, Erfahrungen, Einrichtungen sowie Lehr- und Forschungsmitteln. Unserer Meinung nach wird dieses Potential noch zu wenig für eine Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern genutzt, auch im Hinblick auf gegenseitigen

fen, zur Not auch an den Eliten des jeweiligen Landes vorbei, da diese oft den Bedarf des eigenen Landes nicht kennen. Die Aufnahmebereitschaft für Technologie hänge auch mit dem Erziehungssystem zusammen, darum sei die Entwicklungshilfe im Schulwesen, für die naturwissenschaftlichen und technischen Grundlagen im Unterricht zu vertiefen. Bei der Postgraduiertenförderung hierzulande sei strikt darauf zu achten, daß die Ausbildung später zu Hause auch anerkannt werde.

Angepaßte Technologie sei ein Thema der 70er Jahre gewesen, heute seien die Entwicklungsländer daran interessiert, eigenständige wissenschaftliche Einrichtungen aufzubauen, erklärte Dr. Karl Wolfgang Menck vom Institut für Wissenschaftsforschung in Hamburg. Die Hochschulen in NRW sollten sich daran aktiv beteiligen und nicht nur sich auf den Wissenstransfer beschränken, riet er. Menck forderte unter anderem, die Innovationskraft der Entwicklungsländer durch Kooperation zu stärken, ausländischen Lehrern befristet die Arbeit an deutschen Hochschulen zu ermöglichen und die Anstrengungen auf dem Gebiet der gesamtwirtschaftlichen Technologiepolitik zu intensivieren.



„Angepaßte Technologie für Entwicklungsländer“ lautete das Thema einer öffentlichen Anhörung des Wissenschaftsausschusses.  
Foto: Schüler

Austausch und gegenseitige Befruchtung“. Dies stellte Dr. Bischoff als Sprecher Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) fest. Unter entwicklungspolitischen Gesichtspunkten gehe es bei Wissenschaft und Forschung in der Dritten Welt vornehmlich um angewandte Forschung, weniger um Grundlagenforschung. Von besonderer Bedeutung sei dabei für die Länder der Süd-Süd-Dialog, also der Austausch mit anderen Entwicklungsländern, noch sei man zu sehr in Richtung Norden ausgerichtet.

Auf ein anderes Problem verwies Dieter Paulus von der Carl-Duisberg-Gesellschaft: „Es fehlen uns oft die kompetenten Ansprechpartner in den Entwicklungsländern“. Viele Experten dort wehrten sich gegen vermeintliche „Einfach-Technologie“, die Hochschulabsolventen würden zu theorieelastig ausgebildet und bräuchten darum lange, „bis sie uns als Partner zur Verfügung stehen“.

Von der Bonner Zentralstelle der Deutschen Stiftung für Internationale Entwicklung, die er als „das Clearing-House für Entwicklungspolitik in der Bundesrepublik“ bezeichnete, schlug Dr. Dieter Dankwort vor, bei Projekten in der Dritten Welt vor Ort mit den unmittelbar Betroffenen den Bedarf zu prü-

Für eine stärkere Verlagerung der entwicklungspolitischen Aktivitäten in das Entwicklungsland plädierte Diplomingenieur Heino Vest vom Verband zur Förderung angepaßter, sozial- und umweltverträglicher Technologien (AT-Verband). Das Erfordernis der Angepaßtheit von Technologie verlange, nicht nur die Auswahl, sondern auch die Erzeugung der Technologie im Land selbst vorzunehmen. Weniger die Durchführung von Großprojekten, als vielmehr die Hilfen für handwerklich orientierte Klein- und Mittelbetriebe förderten die Heranbildung selbstbewußter und kompetenter Handwerker und Techniker. Im übrigen müßten die Industrieländer umdenken: Angepaßte Technologie sei kein „modisches Allheilmittel“ für die Dritte Welt, sondern auch hierzulande steige das Bedürfnis nach einer angepaßten, sozial- und umweltverträglichen Technologie.

Im weiteren Verlauf ergriffen noch das Wort: Jorrit Plambeck, Wirtschaftsberater für Entwicklungsländer, Dr. Robert Tschiedel vom Transferzentrum für angepaßte Technologie in Rheine und Bernd Schütze von der Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst.

## Anhörung des Ausschusses für Frauenpolitik zum SPD-Antrag Frau und Beruf

# Handwerk und Mittelstand setzen auf leistungsbereite Frauen

Zum sechsseitigen Antrag „Frau und Beruf“ der SPD-Fraktion (Drs. 10/4676) gab es in der von der Vorsitzenden Marie-Luise Morawietz (SPD) geleiteten Anhörung des Ausschusses für Frauenpolitik am 11. Januar unterschiedliche Stellungnahmen bei grundsätzlicher Befürwortung des Anliegens, die Situation von Frauen im Erwerbsleben zu verbessern, durch Sprecherinnen von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen. Flexiblere Arbeitszeitmodelle wurden als sinnvoll angesehen, eine weitere Arbeitszeitverkürzung nur von den Gewerkschaften befürwortet.

Die Erwerbsneigung der Frauen sei gestiegen, die Unterbrechung während der Familienphase kürzer geworden, stellte Frau Dr. Ramthun (Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände) fest und zählte eine Reihe von Schritten auf, die zu besseren Beschäftigungschancen von Frauen beitragen. Bei der Gleichbehandlung im Arbeitsleben gebe es beträchtliche Erfolge, aber auch unübersehbare Defizite, die auf überlieferte Vorurteile und Verhaltensweisen zurückgingen.

nissen gelte das besondere Augenmerk des DGB, der im übrigen den Sechs-Stunden-Tag als wesentlichen Beitrag zur Gleichbehandlung, aber auch zu mehr Lebensqualität für alle ansehe. Die Sprecherin kündigte ferner einen Tarifvertrag an, „wie Frauen ihn sich wünschen“.

Ebenfalls für weitere Arbeitszeitverkürzung, vor allem tägliche, sprach sich Marita Klein (Deutsche Angestelltengewerkschaft) aus. Auch solle das arbeitsfreie Wochenende

schen Vergleich das Schlußlicht, diese gewinne aber zunehmend an Bedeutung. Auch höher qualifizierte Arbeit müsse in Teilzeit geleistet werden können. Nach Ansicht der Bundesanstalt für Arbeit hätten in den 90er Jahren Betriebe mit individuellen Arbeitszeitangeboten einen Wettbewerbsvorsprung bei der Suche nach Arbeitskräften. Eine flächendeckende Ganztagsbetreuung von Kindern und Jugendlichen sieht die Arbeitsbehörde als Schlüssel für die gleichberechtigte Frauenerwerbstätigkeit an. Den Frauen müsse gezeigt werden, daß ihre Teilhabe am Arbeitsmarkt erwünscht sei und mit einem guten Gewissen den Kindern gegenüber ermöglicht werde.

Hemmnisse bei der Berufswahl, vor allem im Bereich von Naturwissenschaften und Technik, sah Dr. Alberg (Vereinigung der Industrie- und Handelskammern NRW) vor allem in der Motivation und überlieferten Einstellung junger Frauen. Die Bemühungen, hier etwas zu verändern, hätten bisher nur Anfangserfolge gezeigt. Frauenförderpläne auf freiwilliger Basis seien weniger Sonderprogramme als vielmehr Maßnahmen von Großfirmen, um Personalressourcen effizienter zu nutzen. Eine Koppelung mit Quotenregelungen sei abzulehnen, da schädlich für den Gedanken der Frauenförderung und unwirksam bei der Lösung des Verteilungsproblems von Familienarbeit. Bei besseren Rahmenbedingungen der Betriebe stelle sich für die Unternehmen auch die Frage der zusätzlichen Kosten.

Vom Rheinisch-Westfälischen Handwerkerbund lag dem Frauenausschuß eine schriftliche Stellungnahme vor, die wegen Erkrankung des Sprechers bei der Anhörung nicht vorgetragen werden konnte. Darin heißt es, im Handwerk seien die Frauen sowohl als Unternehmerinnen als auch als Arbeitnehmerinnen auf dem Vormarsch. In NRW würden rund 20000 Handwerksbetriebe von Frauen geführt, jede fünfte Existenzgründung erfolge durch eine Frau. Von Benachteiligung und, wie im SPD-Antrag, von „Verweigerung von Weiterbildung“ und „Einstellungsbarrieren“ könne nicht die Rede sein. In den sogenannten Männerberufen hätten sich Mädchen bestens bewährt, sie hätten durchweg bessere Prüfungsergebnisse und mindestens gleiche Leistungen vorzuweisen. Erhebliche Bedenken meldet das NRW-Handwerk gegen Arbeitszeitverkürzungen, Quotierungsstufenpläne, Erhöhung des Erziehungsgeldes und Verlängerung des Elternurlaubs an. Letzteres könne sich nachteilig auf Einstellungen auswirken.

Auch bei der Vereinigung von Unternehmerinnen, die mit vier Sprecherinnen vertreten war, stießen diese Vorschläge auf keine Gegenliebe. „Wir müssen von allen Frauen, die es wollen, persönliches Durchsetzungsvermögen verlangen und ihnen nicht das Gefühl geben, daß sie auf Förderung durch andere warten können“, sagte Eva Hübner. Die Antragsforderungen an die Landesregierung, im wesentlichen die Fortsetzung der bisher praktizierten Frauenförderpolitik, wurden von ihr begrüßt. Allerdings dürften Eigeninitiative und Selbstbehauptung nicht gelähmt werden. (Weiterer Bericht folgt.)



Der Sechs-Stunden-Tag für Frauen und Männer zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf fand geteiltes Echo bei der Anhörung des Ausschusses für Frauenpolitik; Vorsitzende Marie-Luise Morawietz (SPD), links daneben weitere Mitglieder des Ausschusses; vordere Reihe: Sachverständige von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen.  
Foto: Schüler

Hier sei viel Überzeugungsarbeit zu leisten, vor allem bei betrieblichem Führungspersonal. Der Schlüssel zur Frauenförderung und besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf liege in der Personalpolitik. Am besten durchsetzbar seien Maßnahmen, die sowohl den Arbeitnehmerinnen als auch den Unternehmen nützlich seien. Freiwillige firmeninterne Lösungen seien generellen Programmen vorzuziehen.

Für den Deutschen Gewerkschaftsbund billigte Edda Möller im wesentlichen den Inhalt des SPD-Antrags, in dem unter anderem die Tarifpartner aufgefordert werden, Arbeitszeitmodelle zu entwickeln, die Männern und Frauen mehr als bisher ermöglichen, Beruf und Familie zu vereinbaren, die Arbeitszeiten zu verkürzen und familienfreundlich zu gestalten und gleiche Löhne für Männer und Frauen zu vereinbaren. Entgegen verbreiteter Berichte, so sagte Frau Möller, werde von den meisten Frauen Vollzeitarbeit gewünscht. Teilzeitbeschäftigungen strebten nur Frauen an, die auf ein volles Einkommen verzichten könnten und solche, die keine befriedigende Lösung für die Kinderbetreuung fänden. Ungeschützten Arbeitsverhält-

erhalten und Teilzeitarbeit nur im Rahmen der Kranken- und Sozialversicherungspflicht geleistet werden. Mehrarbeit und Überstunden sollten eingeschränkt werden. Nach der Familienpause solle die Rückkehr auf einen Vollarbeitsplatz tarifvertraglich abgesichert sein. Bei Bildungsmaßnahmen sollten Frauen teilnehmen können, auch wenn sie das Arbeitsverhältnis unterbrechen wegen familiärer Pflichten.

Frauen ohne Berufsausbildung und Ausländerinnen hätten die größten Probleme auf dem Arbeitsmarkt, berichtete der Sprecher des Landesarbeitsamtes NRW, der Frauen als die Gewinner in den letzten zehn Jahren bezeichnete, ohne daß sich jedoch der Abstand ihrer Arbeitslosigkeit gegenüber der der Männer verringert habe. Pauschale Forderungen seien auch im Hinblick auf die Bevölkerungsentwicklung zu relativieren. Immer besser ausgebildete Frauen bekämen höhere Chancen, auch für dauerhafte Beschäftigung. Bei der Ausbildung von Mädchen gehe es vor allem um eine breitere Palette der Berufe sowie um Übertragbarkeit von Gelerntem. Bei Teilzeitarbeit bilde die Bundesrepublik Deutschland im europäi-

## Drehorgelspiel ist Straßenmusik, aber keine Kunst

*Ist Drehorgelspiel auf der Straße Kunst oder nicht? Die Stadt Köln ist nach Angaben des nordrhein-westfälischen Innenministers Dr. Herbert Schnoor (SPD) der Auffassung, daß der Kunstbegriff des Artikels 5 des Grundgesetzes bei der Beurteilung der Tätigkeit des Drehorgelenspielers nicht greife.*

In seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage der Kölner SPD-Abgeordneten Marita Rauterkus (Drs. 10/5067 und 10/4685) weist Schnoor auf die Position der Stadt Köln hin, wonach beim Drehorgelspiel die Musik lediglich durch das Betätigen einer Kurbel mechanisch über eine Stachelwalze oder einen Lochstreifen erzeugt werde. Der Spieler habe keine Gestaltungsmöglichkeit. Eine musikalische Ausbildung des Drehorgelenspielers sei nicht Voraussetzung zur Bedienung einer Drehorgel. Der Kunstbegriff greife nicht.

Somit sei das Drehorgelspiel im Freien als gewerbsmäßig unterhaltende Tätigkeit im Reisegewerbe zu qualifizieren, die den Kriterien der Gewerbeordnung unterliege. Der Drehorgelspieler bedürfe einer Reisegewerbebescheinigung, da er sein Gewerbe als unterhaltende Tätigkeit „nach Schaustellerart“ ausübe.



Marita Rauterkus (SPD)

Darüber hinaus werde aus straßenrechtlicher Sicht mit der Drehorgel ein Gegenstand ins öffentliche „Straßenland“ eingebracht, mit dem der Straßenraum über den Gemeingebrauch hinaus genutzt werde. Auch insoweit unterscheidet sich das Drehorgelspiel von den sonstigen Straßenmusikdarbietungen.

Marita Rauterkus hatte gefragt, warum das Drehorgelspiel in der Großstadt-City Köln nicht als Straßenmusik anerkannt werde. Daß es sich um Straßenmusik handelt, räumte der Minister indessen ein. Nur um Kunst handelt es sich nicht.

Die Stadt Köln erlaubt nicht-gewerbsmäßige Straßenmusik ohne behördliche Einzelfall-erlaubnis in der City von 10 bis 22 Uhr jeweils zur vollen Stunde und zwar 30 Minuten lang. Danach muß eine halbe Stunde Pause sein. In ihrer Anfrage sah es die Abgeordnete als ungerecht an, daß Drehorgelspieler gegenüber anderen Straßenmusikanten Bewilligungen für Standplätze benötigen, Gebühren und Gewerbesteuer zahlen müssen.

## Verhalten der Medien bei Gladbecker Geiselnahme

### „Einige Journalisten haben sich in Köln für unverwundbare Jung-Siegfrieds gehalten“

*Die Sitzungen des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses III am 9. und 10. Januar 1990 unter dem Vorsitz von Heinz Lanfermann (F.D.P.) kreisten bei der Vernehmung der geladenen polizeilichen Zeugen um die Frage, ob die Polizeiarbeit während der Gladbecker Geiselnahme durch Journalisten der Massenmedien behindert worden ist.*

Unvergeßlich die Szenen, die sich vor allem im Bereich der Fußgängerzone der Kölner Breite Straße abgespielt haben: Dort wurden aus dem Kreis der umstehenden Personen — die Vermutung, es waren Journalisten, ist nicht von der Hand zu weisen — den Gangstern im Auto Handfesseln angeboten, sie wurden über ihre weiteren Absichten befragt, man offerierte Geistliche als Vermittler und bot die Dienste bei der „Enttarnung“ von Polizeibeamten an, und schließlich stieg ein Pressevertreter in das Täterfahrzeug, um die ortsunkundigen Rösner und Degowski aus der Domstadt auf die Autobahn zu lotsen.

Einer der Zeugen, ein Kriminaloberrat beim Landeskriminalamt NRW, machte in seiner Aussage deutlich, wie überrascht die Polizei vom Ausmaß der „Beteiligung“ der Presse am Ablauf der Geiselnahme zumindest in der Anfangsphase war: Auf der Fahrt des gekaperten Linienbusses von Bremen nach Holland habe man „ein bis dahin nicht für möglich gehaltenes Verfolgungsverhalten der Journalisten“ erlebt. Diese hätten in einem Leichenwagen gesessen oder hätten den Schatten eines mit Blaulicht fahrenden Krankenwagens ausgenutzt, um hart am Bus zu bleiben. Da man hinter Rheine einen Halt des Busses

erwartet habe, sei die Polizei gezwungen gewesen, starke Kräfte zu binden, um einen „riesigen, aggressiven Pressepulk“ zu verhindern. Das Problem habe sich entschärft, als die Täter mit ihren Geiseln in einen wesentlich schnelleren Personenkraftwagen umgestiegen seien, mit dem sie in den Kölner Raum fuhren.

Schon am ersten Tatort, der Gladbecker Bankfiliale, hatten Journalisten der Polizei ins Handwerk gepfuscht. Sie riefen wiederholt in der belagerten Zweigstelle an, um Täter und Geiseln um Interviews zu bitten. Die beiden Gangster waren schließlich durch das permanente Telefongeklingel so genervt, daß sie eine „Art Haßgefühl“ gegen die Presse“ entwickelten und fast erleichtert waren, als es der Polizei endlich gelang, die Anrufe durch eine Änderung der Rufnummer unterbinden zu lassen.

Neue Irritation bei der Abfahrt zur scheinbar verfolgungsfreien Flucht aus Gladbeck: Das Blitzlichtgewitter der versammelten Fotoreporter machte die Insassen nervös, die sich erst später beruhigten, als es der Polizei gelang, ihnen über die Rundfunknachrichten das Gefühl zu vermitteln, die Verfolger hätten das Fahrzeug aus den Augen verloren.

Fazit des Beamten aus eigenem Erleben als Mitglied der Gladbecker Einsatzleitung und aus dem Studium der Akten: Das Verhalten der Journalisten in Köln habe „die Ketten des bisher für möglich gehaltenen gesprengt“. Angesichts der mit der Pistole herumfuchtelnden Geiselnnehmer hätten sie sich offenbar für „unverwundbare Jung-Siegfrieds“ gehalten.

Bei der Geiselnahme sei die Presse für die Polizei grundsätzlich ein Negativfaktor für die polizeiliche Arbeit gewesen, man habe ihre Aktionen nicht kalkulieren können. Der Zeuge ließ zwar keinen Zweifel daran, daß die Medien ein gesetzlich verbrieftes Recht auf Informationen haben und die Polizei auskunftspflichtig sei. Etappenweise sei die Zusammenarbeit, vor allem mit dem (öffentlich-rechtlichen) Funk auch kooperativ gewesen.

## Zeuge: Polizei muß offensiver informieren

Aber er, der Zeuge aus dem Landeskriminalamt, stelle in den letzten Jahren zunehmend eine Verschiebung von der Informationspflicht der Polizei zu „Aktivismus der Medien“ fest, die immer stärker zur Selbstbeschaffung von Informationen übergingen. Diese Entwicklung führe vor allem auf die Privatisierung im Medienbereich zurück, das habe den Druck zu Aktualität und Kommerzialisierung erhöht. Zudem würden mehr freie Mitarbeiter auf Provisionsbasis eingesetzt und schließlich Privatleuten hohe Hono-

rare gezahlt, wenn sie sensationelle Fotos anzubieten hätten.

„Dieser Trend wird anhalten und die Polizei vor noch größere Probleme stellen“, sagte der Zeuge voraus und knüpfte zwei Postulate an diese Erwartung. Die Polizei müsse künftig eine „wesentlich offensivere“ Informationsarbeit leisten und zum anderen eine wesentlich konsequentere Haltung gegenüber den Medienvertretern einnehmen, die sich nicht an die Richtlinie des Deutschen Presserats zur Zusammenarbeit zwischen Medien und Polizei halten.

## Minister Zöpel berichtet über aktuelle Wohnungsmarktlage im Lande

### Nachtragsetat zur Förderung von weiteren 2 000 Wohnungen

*Auf Antrag des Sprechers der CDU-Fraktion, Hubert Doppmeier, gab Wohnungs- und Städtebauminister Dr. Christoph Zöpel (SPD) in der Sitzung des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen am 10. Januar 1990 einen Bericht zur aktuellen Situation auf dem Wohnungsmarkt in Nordrhein-Westfalen. Zöpel kündigte an, daß der Bewilligungserlaß für die noch ausstehenden 6 000 Mietwohnungen und die Wohnheime Ende Januar herausgegeben werde. Außerdem sei vorgesehen, das Wohnungsbauprogramm um 2 000 Wohneinheiten aus Zusatzmitteln Bund/Land aufzustocken. Ausschußvorsitzender Erwin Pfänder (SPD) bewertete die Aussage des Ministers als positiv, daß jede zusätzliche Maßnahme aus Bonn auch mit entsprechenden Landesmitteln begleitet werden soll.*

CDU-Sprecher Doppmeier hatte darauf hingewiesen, daß sich die Situation auf dem Wohnungsmarkt in NRW in den letzten Tagen dramatisch verschärft habe. Der jetzt schon seit Wochen anhaltende Zustrom von Übersiedlern könne von den Städten und Gemeinden so nicht mehr aufgenommen werden. Von daher ergebe sich die Notwendigkeit, zur aktuellen Situation auf dem Wohnungsmarkt Stellung zu nehmen und in den Ausführungen darauf einzugehen, inwieweit den Menschen, die verzweifelt eine Wohnung suchten, durch eine Aufstockung des Wohnungsbauförderungsprogramms 1990 geholfen werden könne. Minister Zöpel berichtete, daß inzwischen eine Situation eingetreten sei, die niemand habe voraussehen können. Neben der Tatsache des normalen Bedarfsanstiegs etwa durch Änderung der Haushaltsgrößen sei die Entwicklung noch überlagert worden durch den Zustrom von über 700 000 Menschen aus anderen Teilen Europas. Zu den konkreten Handlungsansätzen teilte der Minister mit,

daß die Beratungen auf Bundesebene mit der Bauministerkonferenz im Dezember vergangenen Jahres ihren Abschluß gefunden hätten.

Das Land habe sich bereit erklärt, pfenniggenau das gleiche für den Wohnungsbau zu erbringen wie der Bund. So sollten zusätzlich zu den bereits vom Landtag beschlossenen 25 000 Wohneinheiten weitere 2 000 Mietwohnungen in diesem Jahr gefördert werden. Die Verwaltungsvereinbarung, die NRW im Dezember unterzeichnet hat, ist allerdings noch nicht von allen Bundesländern unterschrieben. Dabei komme es darauf an, daß möglichst schnell gebaut werden könne. Mit dem entsprechenden Nachtragshaushalt sei etwa im Februar zu rechnen. Ein wichtiges Ergebnis der Konferenz sei es auch gewesen, darin übereinzustimmen, daß Bund und Länder eine gesicherte mittelfristige Perspektive für den Wohnungsbau jetzt in den Verhandlungen festlegen sollten. Vom Wohnungsbauprogramm 1990 seien bereits im August 6 000 Mietwohnungen vorab an die Bewilligungsbehörden gegeben worden. Hinzu kämen die 8 000 Eigentumsmaßnahmen, die bereits für 1990 freigegeben worden seien. Nach Abschluß der Verhandlungen mit den Kommunalen Spitzenverbänden und einigen größeren Städten werde Ende Januar der Bereitstellungserlaß für die restlichen 6 000 Mietwohnungen und die Wohnheime, die teilweise allerdings bereits schon bezogen seien, herausgehen können.

### Bauausstellung Emscher-Park

Auf die Frage von Doppmeier, ob künftig auch in Siedlungsbereichen unter 2 000 Einwohnern gebaut werden könne, antwortete der Minister, eine Änderung des 2000er-Erlasses stehe unmittelbar bevor. Mit Umweltminister Matthiesen habe er sich darauf verständigt, daß überall dort, wo die Ver- und Entsorgung gesichert sei und sonstige Gründe nicht entgegenstünden, künftig gebaut werden könne. Diese Äußerung nahm Robert Schumacher (SPD) zum Anlaß, darauf hinzuweisen, daß die Aufhebung des 2000er-Erlasses nicht als mißverständliches Signal verstanden werden dürfe. Damit würde keine Baupflicht in den

entsprechenden Bereichen begründet, sondern den Gemeinden die Möglichkeit an die Hand gegeben, falls sie es für sinnvoll hielten, künftig auch in diesen Bereichen Wohnungsbau zuzulassen.

Auf Anregung der Abgeordneten Wolfgang Jaeger (CDU) und Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.) wird der Minister die bereits im August verfügte Möglichkeit eines vorzeitigen förderungsunschädlichen Baubeginns noch einmal allen Bewilligungsbehörden verdeutlichen, da diese Möglichkeit offenbar nicht überall zu entsprechendem Handeln geführt hat. Die Bemerkung des CDU-Sprechers, daß das Land eine weitere Erhöhung der Landesmittel im landeseigenen Programm nicht vorsehe, nahmen die SPD-Abgeordneten Heinz Hunger und Volkmar Schultz als Sprecher zum Anlaß darauf hinzuweisen, daß die zusätzliche Förderung durch den Bund sich für 1 000 Mietwohnungen beziehe, die durch das Land um weitere 1 000 aufgestockt würde. Im übrigen, so Schultz, sehe die Gesamtverantwortung so aus, daß das Land zwei Milliarden bereitstelle, während der Bund 500 Millionen Mark zahle.

Zum Dachgeschoßausbau, den Franz Püll (CDU) ansprach, teilte Christoph Zöpel mit, daß hier intensive Gespräche über die entsprechende Regelung der Landesbauordnung stattfänden. Falls die Kommunalen Spitzenverbände eine Änderung der entsprechenden Vorschrift der Bauordnung wünschen würden, könne man darüber nachdenken, den Verzicht von Stellplätzen mit verkehrsberuhigenden Maßnahmen zu verknüpfen. Entsprechendes werde er dann noch in dieser Legislaturperiode veranlassen.

Zu Beginn der Sitzung hatte sich der Ausschuß ausführlich mit dem Stand der Vorbereitung der Internationalen Bauausstellung Emscher-Park befaßt und dazu einen Bericht des Geschäftsführers Prof. Dr. Karl Ganser entgegengenommen. Ganser wies in seinem ausführlichen Zwischenbericht darauf hin, daß es bereits möglich sei, an einem großen Projekt konkrete Erfahrungen zu sammeln: Im Bereich Meiderich, wo ein 200 Hektar großes Gelände den Versuch einer Symbiose zwischen Landschaftspark und dem Industriedenkmal Hüttenwerk ermögliche.

Die städtebauliche Orientierung der Bauausstellung habe auch eine Vertiefungslinie beim Wohnungsbau gefunden, wonach auch 1 500 Wohnungen, davon etwa zwei Drittel öffentlich gefördert, einbezogen werden sollten. 40 Projekte seien inzwischen ausgewählt und mit Wettbewerben versehen. Die Projekte der zweiten Priorität würden entscheidungsreif bearbeitet. Für die zweite Jahreshälfte, so Ganser, sei eine größere Zahl von internationalen Kongressen und nationalen Symbiosen geplant.

Anfang Februar will sich der Ausschuß abschließend mit dem Antrag der F.D.P. zu mehr Wohnungen für NRW und dem Antrag der Fraktion der CDU zur Mobilisierung von Wohnraum für Studenten befassen. Abgelehnt wurde ein Antrag der F.D.P., eine öffentliche Anhörung zur Frage der Beschleunigung des Wohnungsbaus durchzuführen. Sprecher von SPD und CDU machten deutlich, daß es in der letzten Zeit schon genug Anhörungen zu diesem Thema gegeben habe.



Lehrer-Stipendiaten aus Südamerika, die 13 Monate lang an nordrhein-westfälischen Schulen hospitieren, sind von Landtagspräsident Karl Josef Denzer (M.) empfangen worden. Der Besuch kam auf Veranlassung des SPD-Abgeordneten Heinz Hunger (2. v.l.) zustande. Foto: Schüler

## Petitionsverfahren

### Aufschub für Asylbewerber

Ob es zutreffe, daß sich Eingaben an den Petitionsausschuß des Landtags zur Verlängerung des Aufenthalts von abgelehnten Asylbewerbern als zusätzliches Rechtsmittel entwickelten, wollte die CDU-Abgeordnete Otti Hüls aus Ibbenbüren von der Landesregierung wissen. In der Antwort auf ihre Kleine Anfrage (Drs. 10/5087) bestätigte das Innenministerium die aufschiebende Wirkung von Petitionen, was aber dem Wunsch des Parlaments entspreche. Zur endgültigen Meinungsbildung über die Abschiebung von Roma und Sinti will der Petitionsausschuß, wie in der Sitzung am 9. Januar beschlossen, noch die Ausarbeitung der Gesellschaft für bedrohte Völker abwarten.

Im einzelnen erläuterte das Innenministerium zu den Fragen von Frau Hüls: „1988 wurden 138 Petitionen allein zum Asylrecht registriert, die zum größten Teil asylrechtliche Fragen bzw. nach abgelehntem Asylantrag aufenthaltsbeendende Maßnahmen der Aufsichtsbehörde betrafen.

Für den Zeitraum vom 1. Januar 1989 bis zum 30. November 1989 wurden 260 Petitionen registriert, die ebenfalls zum größten Teil asylrechtliche Fragen bzw. nach abgelehntem Asylantrag aufenthaltsbeendende Maßnahmen der Aufsichtsbehörden betrafen.

Für die Bearbeitung der Petitionen ist es grundsätzlich erforderlich, daß Stellungnahmen der Aufsichtsbehörden — unter Einhaltung des Dienstwegs — eingeholt werden, so daß von einer Mindestdauer von zwei bis drei Monaten vom Eingang der Petition beim Landtag bis zur Beschlußfassung des Petitionsausschusses ausgegangen werden muß. In vielen Fällen verlängert sich die Verfahrensdauer jedoch um bis zu einem Jahr, weil weitere Sachverhaltsvermittlungen durch die Behörden angestellt werden müssen...

Es trifft zu, daß der Innenminister in jedem Fall die Ausländerbehörde per Schnellbrief — in besonders dringenden Fällen telefonisch — anweist, bis zur Beschlußfassung durch den Petitionsausschuß von Abschiebungsmaßnahmen abzusehen, sobald ihm bekannt geworden ist, daß eine Petition gegen aufenthaltsbeendende Maßnahmen einer Ausländerbehörde vorliegt. Eine Vorprüfung erfolgt nicht.

Mit diesem Verfahren soll sichergestellt werden, daß dem Beschluß des Petitionsausschusses nicht dadurch vorgegriffen wird, daß die Ausländerbehörde die aufenthaltsbeendende Maßnahme, die Gegenstand des Petitionsverfahrens ist, vollzieht. Die generelle Weisung, von Abschiebungen bis zur Entscheidung des Petitionsausschusses abzusehen, entspricht dem Wunsch des Parlaments; entsprechend wird in allen Bundesländern verfahren.

## Innenausschuß behandelt brisante Themen

### Polizeigesetznovelle: CDU vermißt Regelung zum „finalen Rettungsschuß“

Eine ganze Reihe von Themen hat der Ausschuß für Innere Verwaltung unter dem Vorsitz von Willi Pohlmann (SPD) auf seiner Sitzung am 11. Januar debattiert. Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) kam verspätet in die Sitzung, weil kurz zuvor die Demonstration der Roma gegen ihre geplante Abschiebung stattgefunden hatte. Der Minister bestätigte bei seinem Bericht über die Demonstration, daß die Landesregierung bei ihrem Kabinettsbeschluß bleibe, den früheren Abschiebestopp für Sinti und Roma nicht wieder einzuführen. In Zukunft werde es wie früher den Gemeinden obliegen, wie in anderen Fällen über die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber zu entscheiden.

Gegen die Stimmen der CDU und mit dem Votum von SPD und F.D.P. verabschiedete der Ausschuß eine Gesetzesnovelle zum Polizeigesetz und zum polizeilichen Datenschutz auf der Grundlage des von der Regierung vorgelegten Entwurfs. Die CDU begründete ihre Ablehnung mit dem Umstand, daß eine Regelung zum „finalen Rettungsschuß“ in dieser Novelle, die vom Plenum in dieser Woche in zweiter Lesung verabschiedet werden soll, nicht enthalten sei. Außerdem lehnte die Union eine Überbetonung des Datenschutzes ab, weil dies angesichts der Aufgaben, die auf die Polizei im Kampf gegen die organisierte Kriminalität in Zukunft zukommen, leicht zum „Täterchutz“ werden könne.

Der Ausschuß für Innere Verwaltung verabschiedete weiterhin das Gesetz zur Änderung des Vermessungs- und Katastergesetzes, zu dem die Landesregierung eine Novelle vorgelegt hatte. Auf Antrag der SPD

wurde im Vergleich zu diesem Entwurf eine Änderung eingeführt, die besagt, daß private Vermessungsstellen, die nach bisher geltendem Recht Gebäude für die Fortführung des Liegenschaftskatasters einmessen durften, künftig solche Vermessungen in bisherigem Umfang bis zum Ablauf von drei Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes ausführen und den Katasterbehörden einreichen können.

Einstimmig wie diese Änderung wurde auch die Beschlußempfehlung vom Ausschuß verabschiedet, der Landtag solle bei der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs die Landesregierung auffordern, unverzüglich einen Gesetzentwurf zur Änderung der Berufsordnung für die öffentlich bestellten Vermessungsingenieure in Nordrhein-Westfalen vorlegen. Mit diesem Entwurf soll der Zugang der privaten zum Status der öffentlich bestellten Vermessungsingenieure bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen ermöglicht werden.

Eine zum Teil sehr lebhaft und emotionsgeladene Diskussion ergab sich im Ausschuß nach der Vorführung eines Videofilms über das Vorgehen der Polizei bei einem Einsatz in Köln-Nippes am 20. September vergangenen Jahres. An diesem Tag hatten Demonstranten Mitgliedern der Republikaner den Zugang zu ihrem Versammlungsort verwehrt. Die eingesetzten Polizeikräfte hatten dabei nach mehreren Aufforderungen, den Weg freizugeben, mit zum Teil brutalen Mitteln (Stockhiebe und Fußtritte) den Republikanern den Zugang ermöglicht. Über diesen Tagesordnungspunkt folgt ein eigener Bericht in der nächsten Ausgabe von „Landtag intern“.



Eine nichtöffentliche Anhörung von Sachverständigen hat der Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung Ende vergangenen Jahres unter Vorsitz von Lothar Hegemann (CDU) zu dem Gesetzentwurf über die Linksniederrheinische Entwässerungsgenossenschaft (Drs. 10/4631) durchgeführt. Wie schon in der Anhörung vom 3. März 1989 zu den Wasserverbandsgesetzen (siehe Landtag intern Nr. 5/1989) stand die Mitbestimmungsfrage im Mittelpunkt der Diskussion. Während Prof. Dr. Rolf Stober von der Universität Münster und die Vertreter der Wirtschaft und der Verbände die Verfassungsmäßigkeit der getroffenen Mitbestimmungsregeln in Frage stellten, wurde sie von Prof. Dr. Klaus Dammann und den Vertretern der Gewerkschaften begrüßt.

Foto: Schüler

## Rückblick 1989

### Aus der Arbeit des Landtags NRW

Der nordrhein-westfälische Landtag trat 1989 31mal zu Plenarsitzungen zusammen. Die Bilanz weist 35 Gesetzentwürfe aus.

In 17 Aktuellen Stunden wurden politische Tagesfragen diskutiert. Die Fraktionen von SPD, CDU und F.D.P. reichten acht Große Anfragen ein und stellten 120 Anträge. In 17 öffentlichen Anhörungen holte sich der Landtag den Rat von Sachverständigen ein. Über 80 000 Besucher kamen 1989 in den Landtag, um sich über seine Arbeit zu informieren. Thematische Schwerpunkte waren der Europäische Binnenmarkt, der Strukturwandel und die Zukunft Nordrhein-Westfalens, neue technische Entwicklungen, die Bildungspolitik, die Gleichstellung der Frauen, die Deutschlandpolitik, die angespannte Wohnungssituation insbesondere auch im Zusammenhang mit der großen Zahl von Aus- und Übersiedlern, die NRW aufgenommen hat, und – wie jedes Jahr – die Haushaltsberatungen. Nachstehend, um einen Einblick in die parlamentarische Arbeit des Jahres 1989 zu geben, eine Auswahl aus der großen Palette von Themen, die der Landtag NRW im Laufe des Jahres behandelt hat.

#### 26. Januar

Der Landtag ändert das **Gesetz über Sonn- und Feiertage** und lockert damit das Arbeitsverbot für bestimmte Berufsgruppen.

#### 27. Januar

In einer gemeinsamen Entschließung aller Fraktionen fordert der Landtag die Landesregierung auf, unverzüglich die nötigen Maßnahmen zum **Ausbau des Luftverkehrs** in NRW zu ergreifen.

#### 30. Januar

Die Kommission „**Erhaltung und Fortentwicklung der bundesstaatlichen Ordnung innerhalb der Bundesrepublik Deutschland – auch in einem Vereinten Europa**“ tritt zu ihrer ersten Sitzung zusammen.

#### 22. Februar

Der Landtag erhöht durch Änderung des **Landeswassergesetzes** die Auflagen für die Wasserwirtschaft.

Regierungserklärung von Ministerpräsident Rau zu den Ergebnissen der „**Mikat-Kommission**“ und der Erneuerung der Montanregion. Die Kommission hat in ihrem 1 500seitigen Bericht dem Land Aufbruchstimmung attestiert. Der Strukturwandel sei erfolgreich eingeleitet, Zukunftstechnologien hätten sich in dem ehemals von Kohle und Stahl geprägten Land einen Standort geschaffen.

#### 23. Februar

In einer Aktuellen Stunde debattiert der Landtag über ein **kommunales Wahlrecht für Ausländer**. Die SPD sieht darin einen Schritt zur Integration; die F.D.P. hält den Zeitpunkt für unpassend; die CDU lehnt es ab.

#### 24. Februar

Aktuelle Stunde über die **Kohle- und Energiepolitik**: Während die SPD eine klare Stellungnahme zum Nutzen der heimischen Steinkohle fordert, wirft die Opposition von CDU und F.D.P. der Landesre-

gierung vor, den Konsens zwischen Kohle und Kernenergie verlassen zu haben.

Der Landtag nimmt den **Nachtragshaushalt „Wissenschaft und Forschung“** an. Danach will das Land NRW in gleicher Höhe wie der Bund zusätzliche Mittel für die Hochschulen zur Verfügung stellen.

#### 9. März

Der Hauptausschuß informiert sich durch die Anhörung von Sachverständigen über das **digitale Fernmeldenetz (ISDN)**, das die Bundespost ab 1993 flächendeckend anbieten will. Bis Ende 1989 sollen in NRW 15 Ortsnetze Anschlußmöglichkeiten erhalten.

Der Landtag debattiert über die **Chancen und Gefahren der Gentechnik**. Diese Debatte ist durch die Arbeit der vom Landtag Anfang 1987 berufenen Kommission „Mensch und Technik“ vorbereitet worden, die am 27. November ihren Bericht vorlegt.

#### 15. März

Der Abschlußbericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum Geschäftsgebaren der **Neuen Heimat NRW**, der Wohnungsbauförderungsanstalt und der Landesentwicklung wird trotz unterschiedlicher Bewertungen einstimmig vom Landtag verabschiedet.

#### 16. März

In der von der F.D.P. beantragten Debatte über Maßnahmen zur Beschleunigung der **Asylverfahren** und zur Eindämmung des Asylmißbrauchs lehnen alle Fraktionen eine Änderung des vom Grundgesetz gesicherten Asylrechts ab.

#### 17. März

Der Landtag verabschiedet einen **Nachtragshaushalt** mit einem Volumen von 780 Millionen Mark, davon 765 Millionen Strukturhilfemittel des Bundes.

#### 12. April

Die evangelischen Kirchen und die Katholische Kirche in NRW billigen bei einer

Anhörung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung den Entwurf des Kultusministers zur **Regelung des Religionsunterrichts** in der gymnasialen Oberstufe. Die Lehrerverbände dagegen sind nicht alle damit einverstanden, daß Philosophie das Fach Religion im Falle der Abmeldung vom Religionsunterricht ersetzen soll.

#### 26. April

Aktuelle Stunde zum Thema „**Sicherung der Rundfunkhoheit der Bundesländer in der Europäischen Gemeinschaft**“. Die antragstellende SPD sieht im Entwurf einer EG-Rundfunkrichtlinie die grundgesetzlich verankerte Kulturhoheit der Bundesländer verletzt.

Einstimmig verabschiedet der Landtag das Gesetz über die Sicherung und Nutzung öffentlichen **Archivguts** im Lande NRW.

Der Landtag verabschiedet das Gesetz zur Änderung der **Lehrerausbildung** gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. Das Gesetz ermöglicht den Erwerb eines weiteren Lehramtes, der nicht an Einführungszeit und zweite Staatsprüfung geknüpft ist.

#### 27. April

Der Landtag diskutiert auf Antrag der CDU über neue Wege zur **Bekämpfung des Drogenmißbrauchs und der Rauschgiftkriminalität**.

#### 28. April

Mit den Stimmen der SPD-Fraktion wird der **2. Nachtragshaushalt** verabschiedet. Strukturhilfemittel des Bundes werden für die Beseitigung von Engpässen an den Hochschulen eingesetzt.

Der Landtag debattiert die Große Anfrage von CDU und F.D.P. über „**Rahmenbedingungen nordrhein-westfälischer Unternehmen im einheitlichen Binnenmarkt Europa 1992**“. Es herrscht Einigkeit, daß der Binnenmarkt gute Chancen für NRW eröffnet.

#### 2. Mai

Auf Antrag der SPD debattiert der Landtag über die **Bekämpfung der Immunschwäche AIDS**.

#### 31. Mai

Anhörung des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen zur Marktwirtschaft im **Wohnungsbau** und zu den Folgen der Aufhebung der Wohnungsgemeinnützigkeit.

Die wachsende Zahl von **Aus- und Übersiedlern** stellen Land und Gemeinden vor wachsende Probleme. 170 000 Menschen suchen 1989 in NRW Aufnahme und eine neue Existenz. Vor allem auf dem ohnehin angespannten Wohnungsmarkt wachsen die Probleme. Darum stellt das Land aus dem Wohnungsbauprogramm 1989 1,9 Milliarden Mark zur Verfügung. Zusammen mit den 0,5 Milliarden des Bundes ist die Förderung von 24 450 Wohneinheiten vorgesehen.

**7. Juni**

Mit der erforderlichen Zweidrittel-Mehrheit ändert der Landtag die Landesverfassung. Danach erhält Art. 5 Abs. 2 (bisheriger Text: „Die der Familie gewidmete Hausarbeit der Frau wird der Berufsarbeit gleichgeachtet“) den Wortlaut: „**Familien- und Erwerbsarbeit sind gleichwertig. Frauen und Männer sind entsprechend ihrer Entscheidung an Familien- und Erwerbsarbeit gleichberechtigt beteiligt.**“

**13. Juni**

Debatte über den **Zwischenbericht des III. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (Geiselnahme Gladbeck)**. Dem von der SPD verabschiedeten Bericht steht in einzelnen Punkten das abweichende Votum von CDU und F.D.P. gegenüber. SPD und F.D.P. sind sich in einer gemeinsamen Erklärung darüber einig, daß die Außenvertretung von Untersuchungsausschüssen neu geregelt werden muß.

**18. Juni**

Ergebnis der **Europa-Wahl in NRW**:

SPD	43,6
CDU	35,7
Grüne	7,9
F.D.P.	5,7

**23. August**

In einer einstimmig verabschiedeten Entscheidung verdeutlicht der Landtag seine Haltung zur „**Gemeinschaftscharta der Regionalisierung**“ des Europäischen Parlaments und spricht sich für die Erhaltung föderaler Strukturen und Zuständigkeiten in einem vereinten Europa aus.

**1. September**

Erklärung von **Landtagspräsident Denzer zum Überfall auf Polen vor 50 Jahren**. Dabei sagt Denzer: „Der 1. September 1939 darf nicht verschwiegen und verdrängt, sondern muß bewußt als Tag des Erinnerns begangen werden. Wer sich der Erinnerung an die Unmenschlichkeit entziehen will, der ist in Gefahr, wieder anfällig zu werden.“

**7. September**

**Erste Lesung des Haushaltsgesetzes 1990**: CDU und F.D.P. kritisieren die Höhe der Verschuldung; die SPD macht die Steuerausfälle durch die Bonner Steuerpolitik für die Neuverschuldung verantwortlich.

Als erstes parlamentarisches Gremium in der Bundesrepublik befaßt sich der Hauptausschuß des Landtags NRW mit den Zukunftsperspektiven des **hochauflösenden Fernsehens (HDTV)**. In der Anhörung von Sachverständigen geht es auch um die Zukunft des Medienstandortes NRW.

**28. September**

Der Landtag verabschiedet das **Klassenbildungsgesetz**. Nach dem Gesetz soll es künftig keine Klassen mit über 30 Schülern mehr geben.

**1. Oktober**

Ergebnis der **Kommunalwahlen in NRW**:

SPD	43,0
CDU	37,5
Grüne	8,3
F.D.P.	6,5

**18. Oktober**

Gegen rechtliche Bedenken von CDU und F.D.P. verabschiedet der Landtag das **Gesetz zur Förderung der beruflichen Chancen für Frauen im öffentlichen Dienst**.

Der Landtag verabschiedet einstimmig das Gesetz über den Abbau der **Fehlsubventionierung im Wohnungswesen**. Die Mittel aus der Fehlbelegungsabgabe sollen zum Bau neuer, preiswerter Mietwohnungen verwendet werden.

**19. Oktober**

In einer Regierungserklärung kündigt Ministerpräsident Rau eine Reihe von Maßnahmen zur **Unterstützung des Demokratisierungsprozesses in Osteuropa** an. Rau ruft gleichzeitig dazu auf, den Weg zu Reformen in der DDR zu fördern. Die Opposition begrüßt die Hilfsmaßnahmen, verlangt aber näheren Aufschluß über die Projekte.

Aktuelle Stunde auf Antrag der CDU zu **Menschenrechtsverletzung in der DDR**, Gegenmaßnahmen der Landesregierung und Unterstützung der Reformbestrebungen. Dabei geht es auch um die 1987 eingestellten Landesmittel für die Zentralstelle für die Erfassung von Menschenrechtsverletzungen in der DDR in Salzgitter.

Aussprache über den SPD-Antrag „**Rechtsradikale Einflußnahme auf junge Menschen**“. Die SPD fordert dazu auf, die Lebenssituation junger Menschen zu verbessern; die CDU sieht eine größere Bereitschaft junger Menschen, extreme Parteien zu unterstützen; die F.D.P. spricht sich für eine eindeutige Trennung zwischen Demokraten und Radikalen aus.

## Deutschland und Europa

**15. November**

In einer von der F.D.P. beantragten Aktualen Stunde debattiert der Landtag über die **Schulpolitik**. Die Opposition wirft der SPD vor, das gegliederte Schulsystem nur als Übergangslösung auf dem Weg zur Gesamtschule anzusehen. Landesregierung und SPD stellen fest, daß der Elternwille bei allen Schulformen entscheidend sein müsse.

Sechs Tage nach Öffnung der Berliner Mauer regt Ministerpräsident Rau in einer Regierungserklärung vor dem Landtag die **Einrichtung ständiger deutsch-deutscher Kommissionen** zur Lösung übergreifender Probleme an.

**16. November**

In einer Aktualen Stunde diskutiert der Landtag über die **Arbeitnehmerrechte im künftigen Europa**. Die CDU verteidigt Bundesarbeitsminister Blüm gegen Vorwürfe der SPD, er habe sich nicht nachdrücklich genug für die Wahrung der Rechte der bundesdeutschen Arbeitnehmer in Brüssel eingesetzt.

Der Landtag novelliert das **Meldegesetz des Landes** und führt dabei ein Widerspruchsrecht der Bürger gegen die Weitergabe von Daten aus den Melderegistern an politische Parteien ein.

**17. November**

Aussprache über die Große Anfrage der SPD-Fraktion „**Doping im Sport**“. Die Fraktionen verurteilen die Einnahme leistungssteigernder Mittel. Doping berühre die ethische Grundlage des Sports.

Der Landtag nimmt einen Antrag „**Sport in einer lebenswerten Umwelt**“ einstimmig an. In der Aussprache wird deutlich, daß der Sport heute oftmals mit dem Nachbarschaftsrecht kollidiert. Es müsse sichergestellt werden, daß Sport und Umwelt miteinander in Einklang gebracht werden und der Sport weiterhin wohnungs- und siedlungsnah stattfinden könne.

Der Landtag verabschiedet das **3. Nachtragshaushaltsgesetz 1989**. Der Nachtrag soll nach Finanzminister Schleußer die haushaltsmäßigen Voraussetzungen für die Neustrukturierung des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr und die geordnete Stilllegung des Hochtemperaturreaktors Hamm-Uentrop schaffen.

**7. Dezember**

**2. Lesung des Haushaltsgesetzes 1990**. Die Entwicklung in der DDR und die Deutschlandpolitik prägen die Debatte über den Etat des Ministerpräsidenten. Dem schließt sich die Lesung der Einzelpläne an.

**13. Dezember**

Der Landtag stimmt dem **Satellitenfernseh-Staatsvertrag** einstimmig zu. Damit ist ein 3. privates Satellitenfernsehprogramm möglich.

Der Landtag verabschiedet einstimmig das **Verfassungsgerichtshofgesetz**.

**14. Dezember**

Auch die **3. Lesung des Landeshaushalts für 1990** wird durch die Deutschlandpolitik bestimmt. Ministerpräsident Rau teilt dem Landtag mit, daß die Landesregierung zehn Millionen Mark für die medizinische Versorgung in der DDR als Soforthilfe zur Verfügung stellen will.

In namentlicher Abstimmung verabschiedet der Landtag bei drei Gegenstimmen und vier Enthaltungen eine Entschließung, die den Zehn-Punkte-Plan von Bundeskanzler Kohl zur Deutschlandpolitik unterstützt und zugleich die Westgrenze des polnischen Staates bestätigt.

## Leser schreiben... \*

### Strukturhilfe

(„Landtag intern“ Nr. 21/1989, Aus den Fraktionen: CDU zur Strukturhilfe 1989)

Zwar erhält Nordrhein-Westfalen von den neun nach dem Strukturhilfegesetz geförderten Ländern den größten absoluten Betrag, pro Kopf der Bevölkerung erhalten wir mit rund 45 Mark allerdings den zweitniedrigsten Betrag nach Bayern; Niedersachsen z.B. erhält mit rund 90 Mark pro Kopf der Bevölkerung den doppelten Betrag.

Im übrigen ist zu den Ausführungen der CDU-Fraktion folgendes zu sagen: Wenn von der CDU-Fraktion gesagt wird, von den 1077 Projekten mußten vom Bund 173 Projekte abgelehnt werden, so wird damit der Eindruck erweckt, als habe das Land rechtswidrig Projekte zur Förderung ange-

Unzutreffend ist die Behauptung der CDU-Fraktion, Nordrhein-Westfalen habe lediglich 76,7 Prozent des zustehenden Betrages von 756 Millionen Mark mit Projekten belegt. Es trifft zwar zu, daß für einen Mittelabfluß 1989 lediglich ein Betrag von rund 580 Millionen Mark benötigt wird. Da es sich bei den Strukturhilfeprojekten jedoch überwiegend um große Investitionsvorhaben handelt, die zunächst eine kostenmäßig gering belastete Planungsphase haben und dann erst in eine kostenintensive Bauphase münden, führt dies zwangsläufig zu einer Verlagerung der Strukturhilfemittel auf die nachfolgenden Jahre. Durch die Projekte der Förderliste 1989 sind bereits Strukturhilfemittel in Höhe von 1,23 Milliarden Mark gebunden worden. Ein Abfluß der Bundesmittel ist bei den Großprojekten erst – projektbedingt – in den Folgejahren möglich. Gleichwohl schöpft Nordrhein-Westfalen die ihm zur Verfügung stehende Tranche aus.



Gegen eine Mannschaft des Rates der Stadt Köln hat das verstärkte Team des FC Landtag mit 6 zu 2 Toren gewonnen. Die Begegnung wurde auf dem Platz des Zweitligisten Fortuna Köln ausgetragen. Das Bild zeigt die Mannschaft des Landesparlaments vor dem Anpfiff. Foto: Pfeil

meldet. Dies ist unzutreffend. Die Anzahl der abgelehnten Projekte ist darüber hinaus nicht aussagekräftig. Von den 173 abgelehnten Projekten haben zum Beispiel 41 abgelehnte Reserveprojekte einen Strukturhilfeanteil von lediglich 2,6 Millionen Mark. Über die Auslegung des Strukturhilfegesetzes bestehen zwischen Bund und Land unterschiedliche Auffassungen. Bei einer Vielzahl von Maßnahmen aus den Geschäftsbereichen des Justizministers, des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie des Wirtschaftsministers ist Widerspruch gegen die Ablehnung des BMF geltend gemacht worden. In einigen Fällen hat der Bund daraufhin seine Auffassung revidiert.

Ferner weise ich darauf hin, daß dem Land insgesamt 36 Projekte unter dem EG-Vorbehalt genehmigt wurden, da der Bund es im Gesetzgebungsverfahren unterlassen hat, den Gesetzentwurf der EG-Kommission zur Überprüfung vorzulegen. Hierdurch mußten allein 17 Projekte mit einem Bundesanteil von 23,8 Millionen Mark zurückgezogen werden. Auch dies führte dazu, daß 1989 nicht die gesamte Tranche belegt werden konnte.

Im Gegensatz zu anderen Bundesländern hat Nordrhein-Westfalen darauf geachtet, daß die Finanzhilfen nach dem Strukturhilfegesetz für zusätzliche Investitionen der Länder und Gemeinden verwendet werden. Daraus folgt, daß es sich eben nicht um Maßnahmen handelt, die auch ohne Strukturhilfemittel durchgeführt worden wären. Dieses Erfordernis der Zusätzlichkeit bedingte, daß neben den normalerweise geplanten und beabsichtigten Vorhaben der Ressorts weitere bedeutsame Projekte entwickelt wurden. Wenn andere Bundesländer bereits kurzfristig in vollem Umfang ihre jeweilige Tranche mit Projekten belegt haben, so läßt dies nur den Schluß zu, daß hier der Landeshaushalt mit Bundesmitteln saniert wird. Entgegen der Behauptung der CDU-Fraktion dienen die Strukturhilfemittel in NRW weder 1989 noch 1990 zur Entlastung des Landeshaushalts.

(\* Leserbriefe müssen nicht in jedem Fall mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen. Auswahl und Kürzungen bleiben vorbehalten)

## Transrapid:

### Verfahren zur Raumordnung erst nach Antragstellung

Mit der Trassenführung des Transrapid in planungsrechtlicher Hinsicht und unter dem Gesichtspunkt der Umweltverträglichkeit hat sich der Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung (Vorsitzender Lothar Hegemann, CDU) auf seiner letzten Sitzung auf Antrag der Unionsfraktion befaf. Dabei machte Staatssekretär Dr. Hans-Hermann Bentrup deutlich, der Betreiber müsse erst einen Antrag vorlegen, bevor das Raumordnungsverfahren eingeleitet werden könne. Dazu bedürfte es präziser und detaillierter Unterlagen, die eine solide Beurteilung im raumordnerischen Verfahren erlaubten. Ohne sie sei zur Zeit weder eine positive noch negative Bewertung möglich.

Der Staatssekretär wiederholte die Auffassung von Minister Matthiesen, daß der Einleitungsbeschuß des Bezirksplanungsrates beim Regierungspräsidenten Düsseldorf keineswegs den Beginn des ordentlichen Raumordnungsverfahrens bedeute und somit auch keinerlei Vorwegnahme der notwendigen ökologischen Bewertung sei. Als wichtige Eckdaten des ökologischen Anforderungsprofils gelten unter anderem die Darstellung und Bewertung der ökologischen und landschaftlichen Situation im Einflußbereich der geplanten Trasse, Aussagen über besonders empfindliche Naturgüter in diesem Bereich, die Funktion des betroffenen Gebiets für Wohnen und Erholung von Menschen – vor allem auch im Hinblick auf Lärm- und Schadstoffemissionen sowie sonstige mögliche Auswirkungen wie zum Beispiel durch Magnetfelder –, umfassende Untersuchungen über die zu erwartenden Belastungen des Naturhaushalts und des Landschaftsbildes sowie die Beschreibung der vorgesehenen Vermeidungs-, Minderungs-, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen. Unabhängig von dem Verfahren und der Entscheidung über den Transrapid müsse das Rad-Schiene-System zwischen Düsseldorf-Köln und in der Verlängerung bis Frankfurt verbessert werden, forderte SPD-Sprecher Gerhard Wendzinski. Zudem sei die Anbindung der beiden Flughäfen Düsseldorf und Köln an das Schienennetz zu realisieren.

Werner Stump (CDU) wollte nach dem Bericht des Staatssekretärs wissen, ob dies als Bestrebung zu werten sei, daß die Landesregierung von ihrem Kabinettsbeschuß abrücken wolle, die Versuchsstrecke für den Transrapid solle in NRW gebaut werden. Bentrup verneinte dies.

## Elternrechte...

Fortsetzung von Seite 3  
desarbeitsgemeinschaft, die zu alleiniger Gesprächspartner beim Kultusminister werden könnte, lehne man auf institutioneller Basis ab, da der Zugang der Eltern „von unten nach oben“ nicht sichergestellt sei. Der Sprecher der Landesschülervertretung der Freien Schulen, Ralf Evers, bedauerte, daß der F.D.P.-Entwurf nur auf Stärkung der Elternrechte, nicht aber auf Stützung der Eltern- und Schülerrechte, ausgelegt sei.



## Literatur

### Deutsche Chronik

„40 Jahre Bundesrepublik“, „40 Jahre DDR“, so lakonisch lauten die Überschriften der beiden Stern-Bücher über die Geschichte der beiden Teile Deutschlands nach dem letzten Krieg, die die Geschichte von uns allen ist. Chronik in Bildern heißt der Untertitel und tatsächlich bewahrheitet sich die Regel, daß Fotos vielfach bessere Erinnerungsträger sein können als Texte, die geschrieben wurden, die man selbst geschrieben hat und die einen häufig nur noch irritieren. Die von Heiner Bremer und Herbert Suhr (Bundesrepublik) sowie Peter Pragal und Helfried Schreiter (DDR) herausgegebenen Bände sind ergänzt durch einen chronologischen Abriß mit Daten aus vierzig Jahren im Anhang.

Zuerst ein Blick in die Dokumentation der Historie der wirtschaftswunderlichen Hälfte des durchschnittlichen Landes Deutschland, das nun möglicherweise am Ende strikter Trennung angekommen ist. „Auf-Bau“, „Umbruch“, „Aufbruch“, „Wende“ heißt die Gliederung, wie in den Aufsätzen, die ich geschrieben habe, als jener Mann erster Bundespräsident war, der, nach dem später auch meine Schule benannt wurde: Theodor Heuss. „Papa“ im Volksmund, anders als Konrad Adenauer, der als Gärtner von Rhöndorf abgebildet ist und unter dessen Ägide mit Ludwig Erhard als Wirtschaftsminister die Bundesrepublik ihren steilen Weg nach oben begann. Von Nissenhütten und Trümmerfeldern bis zur Wahl von Richard von Weizsäcker zum Bundespräsidenten wird ein fotografischer Bogen geschlagen, der auch all die fiebrigen Ausschläge der jungen Republik festhält, die vom Mauerbau über den Beginn des Terrorismus bis zur Parteispendenaffäre reichen. Dazu Dokumentationen der nachhängenden NS-Vergangenheit, von Auschwitz bis Filbinger, die, nur wenig bewältigt, den deutschen Weststaat immer wieder aus Lethargie und Vergeblichkeit aufschreckte.

Erkennen wir uns selbst wieder in all diesen Bildern, die Gefühle, die wir gehabt haben, als das Segelschulschiff „Pamir“ 1957 unterging oder die Autobahnen, 1973 während der ersten Ölkrise an drei Wochenenden gesperrt waren. Ein „djà vu“ oder ein leiser Ausruf: Ach ja, das war also damals zu der Zeit.

### Eine Bilderfibel

Zu der Zeit auch in der DDR. Die Foto-Reportage mit Dokumenten zum Zeitgeschehen über die DDR bringt Unbekanntes: Bilder, die man noch nicht gesehen hat oder die bereits damals, in der eigenen Jugend, auch mit Hilfe der öffentlich verarbeiteten Bittertropfen des Kalten Krieges abgewehrt, abgedrängt worden waren: Wilhelm Piecks Beerdigung, Ulbricht und Chruschtschow nach der Verständigung über den Bau der Berliner Mauer, Honecker, der Staatsratsvorsitzende. Der Band beginnt wie sein Bundesrepublik-Pendant mit Fotos von der Enttrümmerung der Städte, und er endet, höchst aktuell, mit einem Foto vom 19. August 1989, als ungarische Grenzer bei Sopron eine Lücke in die



Der Verband Deutscher Agrarjournalisten, Landesgruppe Rhein-Weser, hat im Landtag ein Gespräch mit den agrarpolitischen Sprechern der Fraktionen von SPD, CDU und F.D.P. geführt. Das Diskussionsthema war „Die Politik der 90er Jahre für Landwirtschaft, Umwelt und ländlichen Raum in Nordrhein-Westfalen“. Die Journalisten besichtigten anschließend das neue Landtagsgebäude.

### Hans Rohe sprach mit DLRG-Präsident über Lebensrettung

Zu einem ersten Gespräch über die Aufgaben der Deutschen Lebensrettungs-Gesellschaft (DLRG) trafen sich der Präsident des Westfälischen Landesverbandes der DLRG, Klaus Brings, und der Vorsitzende des Sportausschusses, Hans Rohe (SPD).

Die Deutsche Lebensrettungs-Gesellschaft ist in Nordrhein-Westfalen in den Landesverband Westfalen und Rheinland organisiert, die zusammen etwa 500 Mitgliedsvereine und über 120 000 Mitglieder repräsentieren. Beide Landesverbände sind Mitglied im Landessportbund, die Ortsgruppen Mitglied in den Kreissportbünden bzw. Stadtsportbünden. Darüber hinaus sind sie im Gegensatz zu den sonstigen Sportvereinen auch als Organisation im Katastrophenschutz anerkannt.

Demarkation schlugen und junge Leute aus der DDR in Massen in den Westen drängten. Hier auf den letzten Seiten ist das Stern-Buch eine echte Bilderfibel, aus der politisch gelernt werden kann, denn die Größen von einst, dem jüngsten einst, sind größtenteils inzwischen von ihren Stühlen und aus dem Blickfeld „entfernt“, von Günter Mittag bis Margot Honecker.

Das aber soll nicht sagen, daß der Band mit seinem fotografischen und erklärenden Inhalt überholt wäre. Ein Mann wie Krenz (Foto) mag an Nachrichtenwert verloren haben, ein Mädchen wie Katharina Witt (Foto) wird, mit oder ohne Kufen, so schnell nicht aus dem kollektiven Gedächtnis hüben wie drüben herausgleiten.

Eckhard Hohlwein

(Foto-Reportage „40 Jahre Bundesrepublik“ und „40 Jahre DDR“, Stern-Buch im Verlag Gruner + Jahr, Hamburg 1989, 120 und 136 Seiten, je Band 29,80 Mark.)

Der Leitspruch der DLRG lautet, Humanität und Sport miteinander in Einklang zu bringen. So hat sich die Deutsche Lebensrettungs-Gesellschaft auch eine doppelte Aufgabenstellung gegeben, nämlich einerseits die Schwimmausbildung aller Altersklassen zu forcieren und andererseits an den Gewässern unseres Landes einen Rettungswachdienst zu organisieren.

Im Rahmen des Breitensports veranstaltet die DLRG Anfänger-Schwimmlehrgänge für Babys bis zum Erwachsenenalter. Auch das Behindertenschwimmen und Seniorenschwimmen sind feste Bestandteile des Programms. Letztlich ist die Rettungsschwimmerausbildung eine originäre Aufgabe der Deutschen Lebensrettungs-Gesellschaft. Die vielen Rettungsschwimmer der DLRG tragen zur Absicherung des gesamten Wassersports an allen Flüssen, Seen, Talsperren und Kanälen im Lande Nordrhein-Westfalen bei. Die DLRG-Schwimmer erproben ihr Können in zahlreichen Wettkämpfen und Leistungsprüfungen.

Die beiden Gesprächspartner bekundeten die Absicht, in der kommenden Legislaturperiode den Erfahrungsaustausch vor Ort an einem nordrhein-westfälischen Gewässer fortzusetzen.

### Kommunal '90

Kommunal '90, Das Taschenbuch für Kommunalpolitik, ist neu erschienen. Auf 600 Seiten sind Namen, Adressen, Telefonnummern und Informationen für den kommunalen Alltag enthalten. Das handliche Nachschlagewerk mit seinen 3500 Daten gibt Auskunft über kommunale Spitzenverbände, über alle Städte ab 50 000 Einwohner einschließlich der Sitzverteilung in den Räten, über Kreise, Bundesländer, Regierungsbezirke und Kommunalverbände. Ein komplettes Namensregister erleichtert das schnelle Auffinden. Kommunal '90 kostet 18,90 Mark und ist beim Buchhandel sowie beim Vorwärts-Verlag GmbH in 5300 Bonn 2, Am Michaelshof 8/10 zu erhalten.

## SPD-Fraktion

### Beim Personalbedarf ist die Belastungsgrenze erreicht

Mit den Haushaltsbeschlüssen 1989 und 1990 sind im öffentlichen Dienst des Landes 21 000 sichere Arbeitsplätze geschaffen worden. „Mehr ist nicht drin“, betonte jetzt Ernst-Martin-Walsken, Sprecher der Arbeitsgruppe „Personalbedarf und Stellenpläne“ der SPD-Landtagsfraktion. Walsken wies zugleich Vorwürfe zurück, die Arbeitszeitverkürzung sei vom Land nicht ausreichend für Neueinstellungen genutzt worden. Der SPD-Sprecher betonte, daß der Personalausbau den Landshaushalt mit weit über einer Milliarde Mark dauerhaft belastete. Das Land habe sich damit bis an den Rand der finanziellen Leistungsfähigkeit bewegt. Voraussetzung für diesen Kraftakt sei in erster Linie der maßvolle Tarifaabschluss im öffentlichen Dienst gewesen. Darüber hinaus sei es 1989 gelungen, die Neuverschuldung unterhalb der im Haushalt festgelegten Höchstgrenze von 5,3 Milliarden Mark zu halten. Dies sei zurückzuführen auf steuerliche Mehreinnahmen, die allerdings in Höhe von einer Milliarde Mark auf die nicht mehr existente Quellensteuer zurückzuführen und deshalb nicht von Dauer seien.

„Mit den beiden Haushalten 89 und 90 sind entscheidende Impulse zur Ausweitung und Sicherung des Dienstleistungsangebotes für die Bürger gegeben und die Beschäftigten der Landesverwaltung entlastet worden“, stellte Walsken fest.

★

Der Versuch der SED, Hilfen an die Oppositionsparteien in der DDR aus der Bundesrepublik zu verhindern, werde erfolglos bleiben. Das unterstrich der Vorsitzende der SPD-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag, Prof. Dr. Friedhelm Farthmann. Es sei ausgemachte Sache, daß die nordrhein-westfälische SPD ihrer sozialdemokratischen Schwesterpartei in der DDR helfe. Daran lasse sie sich auch nicht durch klug ausgedachte SED-Gesetzestexte hindern.

★

„Das Kernkraftwerk Würgassen darf erst dann wieder ans Netz gehen, wenn es nach Maßgabe der heutigen Sicherheitsanforderungen nachgerüstet wird.“ Das forderte der stellvertretende Vorsitzende und umweltpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Gerhard Wendzinski im Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung. Wirtschaftsminister Professor Dr. Reimut Jochimsen hatte vor dem Ausschuß berichtet, das vor 20 Jahren genehmigte Kernkraftwerk Würgassen befinde sich trotz Nachrüstungen in einem Zustand, in dem es heute nicht mehr genehmigungsfähig wäre. Neben dem nötigen Brandschutz fehle es an dem heute vorgeschriebenen Berstschutz und dem Schutz gegen Außeneinwirkungen, wie Druckwellen und Erdbeben. Vor diesem Hintergrund betonte Gerhard Wendzinski, daß es keine Kernkraftwerke mit unterschiedlichen Sicherheitsstandards geben dürfe. Wer in der Umgebung einer alten kerntechnischen Anlage lebe, dürfe nicht einem Sicherheitsrisiko ausgesetzt werden, das für Neuanlagen längst überholt sei. Deshalb sei es erforderlich, die Sicherheitsauflagen zu dynamisieren und dem fortschreitenden Stand von Wissenschaft und Technik anzupassen.

## CDU-Fraktion

### Deutschlandpolitische Bildung verbessern

Eine Verbesserung der deutschlandpolitischen Bildung in den nordrhein-westfälischen Schulen hat der schulpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Herbert Reul, gefordert. „Gerade zwei Jahre ist es her, daß eine Infratest-Umfrage erschreckende Unwissenheit und Gleichgültigkeit junger Menschen zu Tage brachte: Damals betrachteten 51 Prozent der unter 30jährigen die DDR als Ausland, 34 Prozent gingen sogar von zwei verschiedenen Völkern aus.“

Die erregenden Bilder aus Leipzig und Ost-Berlin, die immer lauterem Rufe nach Selbstbestimmung und Einheit haben gezeigt, daß in der DDR das Bewußtsein für die Zusammengehörigkeit der deutschen Nation wach ist. Die Präambel des Grundgesetzes verpflichtet uns, die nationale und staatliche Einheit zu wahren und in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“, meinte Reul.

Der CDU-Schulexperte erinnerte an die Vereinbarung der Kultusminister vom 23. November 1978, nach der es Aufgabe der Schule ist, das Bewußtsein von der Einheit der deutschen Nation und ihrem Anspruch auf Selbstbestimmung in Frieden und Freiheit wachzuhalten. Reul: „Diesem Auftrag ist jeder Lehrer verpflichtet — heute mehr denn je. Jeder Schüler muß die Geschichte der deutschen Teilung genauso kennen wie die offene deutsche Frage. In diesem Zusammenhang gilt es auch, die Geschichte der deutschen Nationalhymne zu vermitteln und die Melodie und den Text der dritten Strophe des Deutschlandliedes zu lernen.“

Reul forderte Kultusminister Schwier dazu auf, umgehend neue Unterrichtshilfen für die Behandlung der deutschen Frage in der Schule zu erstellen. Für viele andere, teilweise auch fragwürdige Projekte sei der Kultusminister schnell mit Geld bei der Hand. Dieses Geld sei angesichts der atemberaubenden Entwicklung in Deutschland viel besser bei der deutschlandpolitischen Bildung in den Schulen aufgehoben. In der Lehrerfortbildung des Landes müsse es einen neuen Schwerpunkt „Deutschland in der Schule“ geben.

Der Schülerwettbewerb „Die Deutschen und ihre östlichen Nachbarn“, der leider in den letzten Jahren an Attraktivität verloren habe, solle sich endlich wieder auf sein originäre Aufgabe, nämlich zur Beschäftigung mit der deutschen Geschichte im europäischen Zusammenhang anzuregen, konzentrieren. Reul: „Fahrten mit Schülern in die DDR dürfen an fehlenden Landeszuschüssen nicht scheitern, alle Möglichkeiten für Begegnungen und Partnerschaften zwischen Schulen müssen jetzt ausgeweitet werden. Andere Bundesländer, wie z. B. Bayern, haben Vorbildliches in der deutschlandpolitischen Bildung an ihren Schulen geleistet. Nordrhein-Westfalen muß jetzt endlich aufholen und der deutschlandpolitischen Bildung den Stellenwert geben, den sie nach unserem Grundgesetz hat.“

\*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

## F.D.P.-Fraktion

### Sozialisierungsartikel aus der Landesverfassung streichen

Mit einem Gesetzentwurf zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen hat die F.D.P.-Landtagsfraktion erneut (nach 1986) die Streichung des Sozialisierungsartikels aus der Landesverfassung beantragt. Nach Artikel 27 der Landesverfassung sollen Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, in Gemeineigentum überführt werden.

Unter Hinweis auf die Entwicklungen im Osten Europas heißt es im Problemaufriß des Gesetzentwurfes: „Die Idee der Sozialisierung der Wirtschaft ist endgültig gescheitert. Jedermann in Nordrhein-Westfalen sollte klar sein, daß der Sozialisierungsartikel der Landesverfassung nicht mehr in das Ordnungs- und Wertesystem unserer Gesellschaft paßt. Gerade im Hinblick auf die Entwicklungen in der DDR ist ein klares, uneingeschränktes Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft erforderlich.“

Zur Begründung verweist die F.D.P.-Landtagsfraktion darauf, daß die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, aber auch ihrer westlichen Bündnispartner gezeigt hat, daß nur eine marktwirtschaftliche Ordnung wirtschaftlichen Wohlstand und gesellschaftlichen Fortschritt ermöglicht. Der Sozialismus, der die Produktionsmittel in „Gemeineigentum“ überführt hat, ist gescheitert. Nur die Marktwirtschaft gibt den Menschen im Osten Europas die Hoffnung, Freiheit in Wohlstand zu erreichen. Der Sozialisierungsartikel unserer Landesverfassung ist ein Anachronismus. Artikel 27 der Landesverfassung sollte daher gestrichen werden, bevor die neugewählte Volkskammer in der DDR ihrerseits den Sozialismus beerdigt.

Mit der Streichung des Artikels 27 der Landesverfassung wird dieser Anachronismus nicht nur beseitigt, sondern auch der Versuchung von Sozialisten aller Schattierungen vorgebeugt, diese Verfassungsvorschrift zum Einstieg in eine andere Gesellschaftsordnung zu benutzen, heißt es weiter in der F.D.P.-Begründung.

Der Landtag Nordrhein-Westfalen soll durch diese Verfassungsänderung die gemeinsame Überzeugung bekräftigen, daß Vergesellschaftungskonzepte in die Mottenkiste der Geschichte gehören, nicht aber in die Verfassung unseres Landes.

★

Am 14. Januar 1990 führte die F.D.P.-Landtagsfraktion zusammen mit dem F.D.P.-Landesverband NRW ihren traditionellen Neujahrsempfang in den Düsseldorfer Rheinterrassen durch. Über 800 Gäste aus Wirtschaft, Politik und Kultur wünschten den Liberalen ein erfolgreiches Jahr 1990. Während der Vorsitzende der F.D.P.-Landtagsfraktion, Dr. Achim Rohde, in seiner Begründung insbesondere auf die bevorstehende Landtagswahl einging und betonte, daß absolute Mehrheiten, wo auch immer, der Demokratie schaden, konnte Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher in seiner Rede eine erfolgreiche Bilanz deutscher Außenpolitik zum Jahreswechsel ziehen.

## Alle Abgeordneten der F.D.P.-Landtagsfraktion auf Landesreserveliste

Die nordrhein-westfälische F.D.P. hat in der Stadthalle in Werl auf ihrer Landeswahlversammlung die Reserveliste für die Landtagswahl am 13. Mai 1990 gewählt. Der Vorsitzende der F.D.P.-Landtagsfraktion, Dr. Achim Rohde, sowie alle weiteren 13 Landtagsabgeordneten wurden auf den Plätzen 1 bis 14 wiedergewählt. Im einzelnen sehen die ersten 14 Plätze der 21köpfigen Reserveliste wie folgt aus:

- 1: Dr. Achim Rohde, MdL, Unternehmensberater aus Düsseldorf
- 2: Dr. Horst-Ludwig Riemer, MdL, Rechtsanwalt aus Düsseldorf
- 3: Rudolf Wickel, MdL, Technischer Angestellter aus Bonn
- 4: Hagen Tschöeltsch, MdL, Unternehmer aus Neunkirchen
- 5: Dagmar Larisika-Ulmke, MdL, Kriminalbeamtin aus Fröndenberg
- 6: Joachim Schultz-Tornau, MdL, Stadtrechtsrat aus Bielefeld
- 7: Hans-Joachim Kuhl, MdL, Brandmeister aus Kamp-Lintfort
- 8: Friedel Meyer, MdL, Elektromeister aus Westerkappeln
- 9: Wolfram Dorn, MdL, Industriekaufmann aus Bonn
- 10: Andreas Reichel, MdL, Bankkaufmann aus Köln
- 11: Heinz Lanfermann, MdL, Richter aus Oberhausen
- 12: Marianne Thomann-Stahl, MdL, Dipl.-Volkswirtin aus Paderborn
- 13: Michael Ruppert, MdL, Geschäftsführer aus Wuppertal
- 14: Ruth Witteler-Koch, MdL, Journalistin aus Mönchengladbach

★

**Günter Berghaus**, Prälat und Direktor des Caritasverbandes für das Bistum Essen ist neuer Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen. Er wurde auf der jüngsten Mitgliederversammlung gewählt und löst **Reiner Brückers**, Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Mittelrhein ab. Damit steht Prälat Berghaus für die Jahre 1990/91 dem Zusammenschluß der Wohlfahrtsverbände auf Landesebene vor.

### LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Karl Josef Denzer  
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1, Postfach 1143.

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 884 2303, 884 2304 und 884 2545, btx: # 5 68 01\*

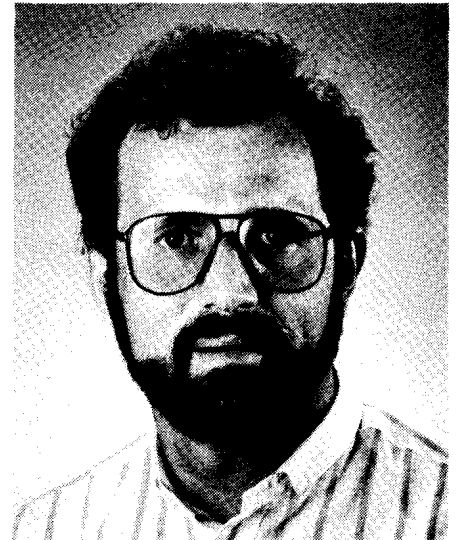
Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Reinhard Grätz MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ruth Witteler-Koch MdL (F.D.P.), Stellvertretende Fraktionsvorsitzende; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Pressesprecher, und Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf  
ISSN 0934-9154

## Porträt der Woche



Heinz Hilgers (SPD)

Seit dem 19. Oktober 1989 ist Heinz Hilgers Bürgermeister seiner Stadt Dormagen. Die Hilgers-Sippe ist fest mit der rheinischen Kommune verwurzelt, bis 1760 lasse sich das zurückverfolgen, erzählt der 41jährige SPD-Landtagsabgeordnete, der seit 1985 im Düsseldorfer Parlament sitzt, jedoch bereits als 27jähriger im Rat seiner Vaterstadt tätig war. Bei der Bürgermeister-Wahl erhielt der bisherige SPD-Fraktionsvorsitzende im Rat auch die Stimmen der Zentrums-Vertreter.

Beim Gespräch mit Heinz Hilgers fällt sofort die Verschmitztheit auf. Man erinnert sich an den Spruch: Der hat es faust-dick hinter den Ohren. Hilgers ist ein Mann von rheinischem Gemüt. Er sei privat sehr kontaktfreudig, könne auf Anhieb 500 Witze erzählen oder eine Büttenrede halten. Auf die Frage, ob ihm Bierernst fremd sei, antwortet er prompt: „Bier nicht, aber Ernst.“

Manchmal, so erzählt Hilgers, komme ihm auch die Politik zu humorlos vor. Er nennt ein Beispiel aus jüngster Zeit:

Auf die Attacke der nordrhein-westfälischen CDU, wonach die NRW-Staatskanzlei mittlerweile zu einem SPD-Politbüro verkomme, hätte er nicht so reagiert wie Wolfgang Clement (SPD), der Chef der Staatskanzlei. Er, Hilgers, hätte an Clements Stelle am 11. 11. als erster Sekretär des Politbüros die CDU zum Tag der offenen Tür eingeladen.

Bei soviel Hang zum Jux tritt der politische Arbeiter Hilgers etwas in den Hintergrund. Der gelernte Verwaltungsfachmann, der es bis zum Jugendamtsleiter in Frechen gebracht hat, blickt zufrieden auf einen stetigen Aufstieg zurück. Ob er politische Vorbilder habe? „Nein“, antwortet der Abgeordnete, „ich orientiere mich nicht an Vorbildern“. Personen spielen seiner Meinung nach zwar eine wichtige Rolle in der Politik, aber eigentlich gehe es doch um Inhalte, oder?

Um welche Inhalte kümmert sich der Politiker Heinz Hilgers am meisten?

Beim Thema Jugend-, Familien- und Bildungspolitik engagiert er sich merklich. Ein wenig scheint ihn dabei zu stören, daß er als Mitglied im fast schon berüchtigten SPD-Arbeitskreis 13 auch von eigenen Parteifreunden als Linker betrachtet wird.

Er stehe in der Mitte der Partei, sonst wäre er nicht Bürgermeister geworden, sagt Hilgers. Das Verhältnis zwischen Kultusminister Schwier (SPD) und dem AK 13-Vorsitzenden Dammeyer (SPD) hält Hilgers für „verhakt“. „Und dann kommen noch einige aus der jeweiligen Umgebung der beiden und schüren Feuerchen.“

Auf die Seite des Kultusministeriums schlägt er sich nicht. Er bezweifelt, ob eine solche Bürokratie überhaupt in der Lage ist, im Schulbereich sozusagen ex cathedra über Personal- und Organisationsprobleme zu befinden. Vielleicht lasse sich das an Ort und Stelle viel besser regeln. Hilgers plädiert für die Kommunalisierung des Schulwesens.

Beim Stichwort „Lehrer“ grübelt Hilgers auch über Sinn und Unsinn des Berufsbeamten-tums. Wieso liege eigentlich das Schwergewicht der Lehrer-Tätigkeit in der Ausübung hoheitlicher Gewalt? Der Lehrer sollte doch in erster Linie Pädagoge sein. Ja, räumt er ein, die Entscheidung darüber, ob ein Schüler versetzt werde, sei Verwaltungsakt und damit hoheitliche Tätigkeit; er frage sich aber manchmal, ob überhaupt der oder die Lehrer allein über Versetzung entscheiden sollten. Er fände es besser, wenn solche Entscheidungen nur gemeinsam mit Eltern und anderen Menschen getroffen würden, die mit dem jungen Menschen zu tun haben. Hilgers: „Lehrer sollten mehr Helfer und weniger Schiedsrichter sein.“

Der Privatmann Heinz Hilgers erzählt von seinen drei Kindern zwischen 18 und sechs Jahren, von seinen Jogging-Leistungen (20 Kilometer in 1:20) und von seiner Leidenschaft für die Handball-Künste des Bundesligisten TSV Bayer Dormagen.

Reinhold Michels

## Zur Person

### Geburtstagsliste

vom 29. Jan. bis 11. Febr. 1990

29. 1. **Hans Kern** (SPD), 57 J.  
 31. 1. **Johannes Gorlas** (SPD), 56 J.  
 1. 2. **Hanns Backes** (CDU), 65 J.  
 1. 2. **Martin Stevens** (SPD), 61 J.  
 3. 2. **Dr. Albrecht Beckel** (CDU), 65 J.  
 4. 2. **Franz-Josef Kniola** (SPD), 47 J.  
 4. 2. **Leo Dautzenberg** (CDU), 40 J.  
 4. 2. **Heinrich Kruse** (CDU), 44 J.  
 6. 2. **Siegfried Jankowski** (SPD), 63 J.  
 8. 2. **Dr. Horst Posdorf** (CDU), 42 J.  
 11. 2. **Reinhard Grätz** (SPD), 50 J.

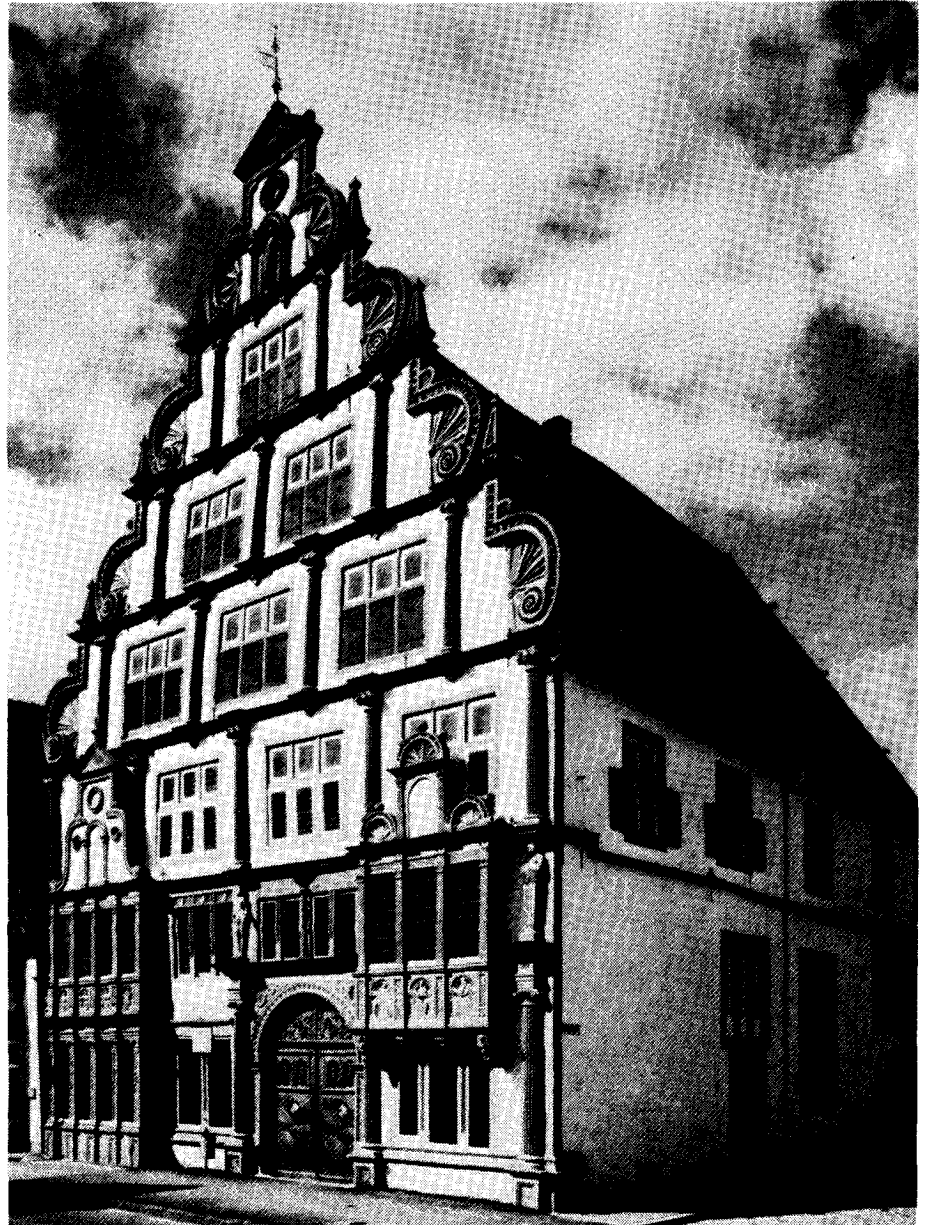
★  
**Johannes Rau** (SPD), Ministerpräsident, ist zum Ehrensenator der Bergischen Universität/Gesamthochschule Wuppertal ernannt worden. Der Senat der Hochschule ehrte den nordrhein-westfälischen Regierungschef damit für seine Verdienste um die Universität. Besonders der Beitrag Raus als ehemaliger Oberbürgermeister von Wuppertal und als Wissenschaftsminister des Landes zum Aufbau der Bergischen Universität Anfang der 70er Jahre wurde hervorgehoben.

★  
**Franz Püll**, CDU-Landtagsabgeordneter und Schornsteinfegermeister aus Mülheim an der Ruhr, ist vom Vorstand der Handwerkskammer Düsseldorf einstimmig zum neuen Vizepräsidenten der Kammer bestellt worden. Püll hatte bereits von 1958 bis 1960 das Amt eines Vizepräsidenten inne. Während er seinerzeit die Arbeitnehmerschaft vertrat, wurde er jetzt als Vertreter der Arbeitgeber zum Vizepräsidenten berufen. Der Vollversammlung der Handwerkskammer gehört Franz Püll mit einer Unterbrechung seit mehr als 35 Jahren an. Von 1963 bis 1972 war er Obermeister der Schornsteinfeger-Innung für den Regierungsbezirk Düsseldorf. Darüber hinaus stand er viele Jahre lang als Landesinnungsmeister an der Spitze des Landesinnungsverbandes des Schornsteinfegerhandwerks Nordrhein-Westfalen. Dem Landtag gehört Püll seit 1980 an.

★  
**Dr. Arnold Ebert**, ehemaliger Staatssekretär im nordrhein-westfälischen Landwirtschaftsministerium, ist im Alter von 68 Jahren gestorben. Der Jurist Ebert absolvierte seine „politischen Lehrjahre“ als Mitglied der SPD-Ratsfraktion seiner Heimatstadt Detmold. Nach sechs Jahren Tätigkeit im Landesverband Lippe berief ihn der damalige Landwirtschaftsminister **Dr. h.c. Diether Deneke** (SPD) in sein Ministerium. Darüber hinaus führte Ebert 23 Jahre lang den Lippischen Heimatbund. Er wurde auf dem Alten Friedhof in Detmold beigesetzt. An dem Trauerakt nahm der nordrhein-westfälische Innenminister **Dr. Herbert Schnoor** (SPD) teil.

★  
**Hans Schwier** (SPD), nordrhein-westfälischer Kultusminister, tritt als Kandidat für die Landtagswahlen 1990 an. Die Wahl-Delegierten des SPD-Unterbezirks Gütersloh nominierten den Politiker mit 96,2 Prozent. Der 63jährige Ostwestfale, seit 1970 im Landtag, wurde 1983 von Ministerpräsident **Johannes Rau** (SPD) zum Nachfolger von **Jürgen Girgensohn** (SPD) als Kultusminister berufen.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



**Eine der schönsten Städte** in Nordrhein-Westfalen, von der Zerstörung des letzten Krieges so gut wie unberührt geblieben und in den Jahren des Aufstiegs der Bundesrepublik, in denen am alten Baubestand so viel Sünden begangen wurden, nur behutsam und mit viel Gespür saniert, ist die alte Hansestadt Lemgo. Für sie ist das Jahr 1990 ein Jubiläumsjahr, denn Lemgo wird 800 Jahre alt. Die Stadt, der heute der SPD-Landtagsabgeordnete Reinhard Wilmbusse als Bürgermeister und damit als höchster gewählter Repräsentant vorsteht, gilt mit als Ausgangspunkt der Weserrenaissance, der gerade im vergangenen Jahr mit einer eindrucksvollen Ausstellung im Museum der Weserrenaissance im Lemgo nahen Brake gedacht worden ist. Im Zeitraum zwischen 1520 und 1620 erlebte der Raum an der oberen und mittleren Weser eine Zeit wirtschaftlicher Blüte. Besonders in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts wurden Adelssitze umgestaltet oder neu errichtet sowie prachtvolle Bürger- und Rathäuser gebaut. In Lemgo erhielt das Rathaus die Neue Ratsstube, die Ratslaube, die Kornherrentube und die Apotheken-Utlucht. Die Stadt im Lipper Bergland ist aber auch für seine Hallenkirchen berühmt und für das Hexenbürgermeisterhaus (Bild). Es verdankt seinen Namen einem Bürgermeister namens Hermann Cothmann, der durch seine grausamen Hexenverfolgungen bekannt geworden war und hier im 17. Jahrhundert wohnte. Heute ist das Hexenbürgermeisterhaus Heimatmuseum.